

## Gebürtige Schweizer – Bürger 2. Klasse!

Démocrate  Suisse  
Page 13



Dr. Dragan  
Najman,  
Grossrat,  
Baden

Uns Schweizer Demokraten ist seit langem bekannt, dass die in der Schweiz geborenen Schweizer im eigenen Land immer mehr zu Bürgern 2. Klasse werden. Ich möchte hier versuchen, die in den letzten Jahrzehnten vom Bundesrat, zum Teil unterstützt und genehmigt durch National- und Ständerat, beschlossenen Diskriminierungen von hier geborenen Schweizern zusammen zu fassen.

### Aus Assimilation wurde Integration

Als der Schreibende 1960 eingebürgert worden war, galt noch die Pflicht, dass der Einbürgerungswillige assimiliert sein musste. Später wurde diese Regel abgeschwächt; von Ausländern, die eingebürgert werden wollten, wurde nur noch verlangt, dass sie integriert sein mussten. In der Regel sieht diese «Integration» in der Deutschschweiz so aus, dass die einzubürgernden Personen sich einigermassen in deutsch verständlich machen können, wobei auch die absurdesten Kauderwelsch-Kombinationen von

hochdeutsch-schweizerdeutsch akzeptiert werden. Sollen Familienangehörige mit eingebürgert werden, wird heute auch akzeptiert, wenn die Angehörigen (dies trifft meist auf die Ehepartner zu) kaum oder gar kein Deutsch sprechen oder nicht einmal verstehen.

### Rekurse gegen Nichteinbürgerung

Ausländer, denen die Einbürgerung verweigert worden ist, haben die Möglichkeit, den negativen Entscheid bei Gericht anzufechten. Umgekehrt ist es Stimmbürger/-innen aber verwehrt, eine Einbürgerung, die ihrer Meinung nach nicht hätte erfolgen dürfen, vor Gericht anzufechten! Ich bin kein Jurist, aber ich kenne kein Gesetz und keine Verordnung in irgend einem Land, wo ein demokratisch gefällter Entscheid nur von einer Seite angefochten werden kann. Ich erinnere daran, wie sich vor einigen Jahren zwei Schwestern in Sursee insgesamt drei Mal versucht haben, sich einbürgern zu lassen und jedes Mal abgeblitzt sind. Es wird wohl kaum jemanden gross erstaunen, dass die Zahl von Nein-Stimmenden von Mal zu Mal grösser geworden ist. Beim dritten Anlauf wurde – verständlicherweise – an der Gemeindeversammlung und in vorgängigen Leserbriefen von Sturheit oder gar von Starrsinn geredet bzw. geschrieben.

Und ganz neu ist der Fall Suhr (AG), wo drei Leute aus dem ehemaligen Jugoslawien nicht eingebürgert worden sind. Auch hier gehen zwei der Betroffenen vor Gericht. Dabei schreibt selbst die Aargauer Zeitung, die für ihre ausländerfreundliche und Schweizerfeindliche Gesinnung bekannt ist, dass der eine Rekurrierende ein Kauderwelsch von deutsch/schweizerdeutsch spricht. Den Gerichtsentscheid kann ich hier ruhig vorweg nehmen. Es kann als



### SD-1.-August-Feier

Auch in diesem Jahr führen wir wieder unsere traditionelle 1.-August-Bundesfeier durch. Diese findet am

**Samstag, 1. August 2009, ab 10.30 Uhr  
im Restaurant «Winkelried» in Wettingen statt.**

Weitere Informationen und ein detailliertes Programm entnehmen Sie dieser Ausgabe auf Seite 5.

### SD-1.-August-Spende

In den letzten Wochen durften wir erfreulich viele Spenden verbuchen. Dafür möchten wir allen Gönnerinnen und Gönnern von Herzen danken. Leider klafft aber noch immer ein Defizit von etwas weniger als Fr. 40 000.– in unserer Kampfkasse. Wir bitten Sie deshalb, nach Möglichkeit nochmals vom beiliegenden Einzahlungsschein regen Gebrauch zu machen. Die SD-Parteileitung wünscht allen Gesinnungsfreunden eine würdige und besinnliche Nationalfeier.



sicher angenommen werden, dass die Beiden vor Gericht Recht bekommen werden – ihre Nichteinbürgerung als unrechtmässig bezeichnet – und die Gemeinde Suhr angewiesen wird – die Einbürgerung nochmals vor die Gemeindeversammlung zu bringen. *Nicht umsonst wird die AZ (das frühere Badener Tagblatt) im Ostaargau als «His masters voice» bezeichnet, womit gemeint ist, dass das Badener Tagblatt/die AZ nichts schreibt, was der allmächtigen ABB (früher BBC) nicht in den Kram passt. Und nicht umsonst gilt in Baden der Ausspruch, dass, wenn die*

Fortsetzung Seite 2

## Inhalt

- 3 Neue Wege aus der Finanzkrise
- 4 Der älteste Bundesbrief
- 5 Der Krankenkassenprämien-Alarm
- 7 Auch ein «King of Pop» ist sterblich!
- 8 Marktplatz
- 9 Aus den Kantonen
- 10 Wir alle sind gerufen Volk Gottes zu sein!
- 14 Der Leser hat das Wort

**Gebürtige Schweizer...***Fortsetzung von Seite 1*

ABB/BBC verschmupft ist, der Stadtrat (Exekutive) von Baden doppelseitige Lungenentzündung hat.

Dabei wäre die Sache ja so einfach. Die Einbürgerungswilligen in der Schweiz müssten sich doch einfach in Baden einbürgern lassen; hier werden nämlich Krethi und Plethi eingebürgert und die Einbürgerung ist so gut wie sicher!

**Doppelbürgerschaft**

Als in den 90-er Jahren des letzten Jahrhunderts die Möglichkeit der Doppelbürgerschaft eingeführt worden ist, haben sich nur wir Schweizer Demokraten mit Händen und Füssen dagegen gewehrt. Wir haben richtigerweise festgehalten, dass damit zweierlei Schweizer Bürger geschaffen würden. Die hier geborenen Schweizer, die nur eine Bürgerschaft haben und die eingebürgerten Schweizer, die eben Bürger von zwei Ländern sind und somit «Figgi und Mülli» haben: Sie können ihren Militärdienst in dem Land absolvieren, wo sie «billiger» davonkommen, sei es wegen der kürzeren Dauer, der legeren Art des Militärdienstes usw. Und nach der Pensionierung können die Doppelbürger sich in dem «Vaterland» niederlassen, wo sie billiger leben können, aber trotzdem die volle AHV/IV und Pension erhalten. Selbst die SVP, die sich

doch immer so schweizerfreundlich gibt, war für die Doppelbürgerschaft. Eigentlich verständlich, denn sehr viele SVP-Mitglieder sind selber Unternehmer und profitieren gern von den ausländischen Arbeitskräften (die SVP ist bekanntlich nur dann «gegen» Ausländer oder Asylanten, wenn Wahlen vor der Tür stehen!). Das Resultat ist bekannt: Wie von den SD vorausgesagt, stieg die Zahl der Einwanderer beständig rasant an. Zur Erinnerung: Früher betrug die Netto-Einwanderung (d.h. Einwanderung minus Auswanderung) im langjährigen Durchschnitt ca. 40 000 bis 50 000 pro Jahr. Im Jahr 2008 stieg sie, nicht zuletzt wegen der bilateralen Verträge, auf deutlich über 100 000 an.

**Diskriminierung der Schweizer in den Medien**

Nicht unbekannt dürfte jedem aufmerksamen Zeitungsleser und Hörer von Radio/Fernsehen sein, wie die Medien über Verbrechen berichten. Selbst hier werden die Schweizer oft diskriminiert. Oder ist Ihnen noch nicht aufgefallen, dass, wenn der Täter oder die Täterin Schweizer sind, dies schon meist gross im Titel steht? Ist der Täter aber ein Ausländer, wird die Staatsbürgerschaft nicht selten oft erst ganz am Schluss eines Artikels erwähnt, wenn diese nicht «vornehm» ganz verschwiegen wird. Von der Art der Tat kann man aber sehr stark vermuten, dass es sich um ausländische Täter handelt.

**Werden Schweizer auch vor Gericht diskriminiert?**

Wie eingangs erwähnt, bin ich kein Jurist, aber auch bei Gerichtsurteilen scheinen mir Ausländer oft bevorzugt. Das milde Urteil bei Ausländern wird damit begründet, dass der Betreffende eben aus einem andern Kulturkreis kommt oder eben mit den hier herrschenden Gesetzen nicht genügend gut bekannt ist. Bei der ersten Begründung (Kulturkreis) ist die ganz klare Benachteiligung von Schweizern erwiesen, und beim Grund, der Ausländer sei halt mit den hiesigen Gesetzen nicht so vertraut, ist die Diskriminierung von Schweizern ebenso eindeutig. Sonst heisst es doch immer: «Unkenntnis des Gesetzes schützt vor Strafe nicht!» Diese meines Wissens überall gültige Regel gilt aber in der Schweiz ganz offensichtlich nur für «Einheimische». Dieses letzte Wort gibt mir das Stichwort zum letzten Teil meines Artikels:

**Schweizer «Einheimische»**

Meines Wissens versteht man unter «Einheimische» in der ganzen

Welt die Staatsbürgerinnen und Staatsbürger des eigenen Landes. Die Schweiz ist das einzige Land, in welchem man unter Einheimischen nicht nur die eigenen Staatsbürger versteht, sondern auch die hier Niedergelassenen und sogar die Jahresaufenthalter (!!!). Das ist wohl der absolute Höhepunkt der Absurdität. Aber eben, auf diese perfide Weise versucht der Bundesrat und die ihn unterstützenden eidgenössischen Parteien, von der hohen Zahl von Ausländern in der Schweiz abzulenken. Ich weiss nicht, wer in der Schweiz auf die Idee gekommen ist, auch Ausländer als «Einheimische» zu bezeichnen. Auf jeden

Fall ist es eine äusserst raffinierte Person gewesen. «Raffiniert» ist zwar nicht ganz der richtige Ausdruck, aber ich darf mich leider nicht so ausdrücken, wie ich es für richtig erachte. Ansonsten müssten die Leserinnen und Leser des «Schweizer Demokraten» eine Zeit lang auf meine Zuschriften verzichten, da ich wohl wegen «Rassismus» hinter schwedische Gardinen kommen würde.

Ich hoffe, dass der Ausdruck «schwedische Gardinen» neuerdings nicht auch unter das Rassismusetz fällt, denn dies könnte doch eine Diskriminierung der Schweden andeuten!

## Ein umweltbewusster Mitbürger handelt!

...denn solche oder ähnliche Missstände herrschen leider in vielen Gemeinden. Falls nötig – tun auch Sie dasselbe in Ihrer Wohngemeinde!

An den Gemeinderat Reinach  
5734 Reinach

**Glassammelstelle  
Bärenmarkt****Massnahmen gegen die illegale  
Müllablagung**

Sehr geehrter Herr Gemeindevorstand

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin

Sehr geehrte Herren Gemeindevorstände

Anlässlich der Gemeindeversammlung vom 27. Mai 2009 habe ich in meinem Votum auf die täglich stattfindende illegale Müllablagung auf dem Terrain der Glassammelstelle Bärenmarkt hingewiesen. «Wilde» Müllablagungen sind nicht nur mir, sondern einem grossen Teil der Reinacher Bevölkerung ein Dorn im Auge.

Viele Menschen sind umweltbewusst und entsorgen ihren Müll fachgerecht. Doch es gibt sie noch (Tendenz steigend), die unbelehrbaren Menschen, denen das umweltbewusste Handeln egal ist. Zudem stellen die anfallenden Entsorgungskosten in aller Regel eine erhebliche finanzielle Belastung für die Gemeinde dar, die für die Beseitigung der il-

legalen Müllablagung zuständig ist.

Die illegalen Müllablagungen auf dem Terrain der Glassammelstelle Bärenmarkt – und auf dem Gemeindegebiet generell – muss zwingend mit geeigneten Massnahmen bekämpft werden. «Wilde» Müllablagungen können zu einer Gefährdung von Boden, Grundwasser, Gewässern oder sogar der Luft führen. «Wilder» Müll beeinträchtigt jedoch auch stark das Landschaftsbild und kann an wärmeren Tagen zu unangenehmen Geruchsbelästigungen führen. Es ist kein Kavaliersdelikt, seinen Müll einfach in der Öffentlichkeit zu entsorgen!

Leider stelle ich fest, dass der Gemeinderat Reinach bis heute noch keine Antwort auf die bekannten Müll-Missstände gefunden hat. An dieser Stelle möchte ich den Gemeinderat Reinach aufmerksam machen, dass die Nachbargemeinde Menziken mit einem sogenannten «Güsel-Detektiv» bereits beachtliche Erfolge hinsichtlich der illegalen Abfallentsorgung erzielt hat.

Ich bitte Sie, geschätzte Mitglieder des Gemeinderates, dass Sie sich dieser Thematik endlich annehmen und längst überfällige Massnahmen ergreifen.

Freundliche Grüsse  
sig. René Kunz, Grossrat

Anzeige

### Das Testament Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gömmer und Sympathisanten

Immer wieder können wir lesen, dass verschiedene Organisationen und Stiftungen finanzielle Zuwendungen empfangen dürfen, die aus dem Nachlass eines treuen Mitgliedes stammen.

Haben Sie auch schon daran gedacht, die SCHWEIZER DEMOKRATEN in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne diskret und kostenlos:

Schweizer Demokraten  
Postfach 8116, 3001 Bern  
Telefon 031 974 20 10  
Telefax 031 974 20 11

schweizer-demokraten@bluwin.ch

# Neue Wege aus der Finanzkrise

**USA-verursachtes Desaster aufräumen; darum US-Vorherrschaft im Finanz- und Wirtschaftswesen brechen!**

Da gemäss «Schweizer Demokrat» Nr. 3/09 die USA und die dahinter stehenden Hochfinanzkreise diese jetzige Finanz-, Wirtschafts- und zunehmend auch eine Währungs-krise verursacht haben, gilt es nun, auf weltweiter Ebene (G20-Gipfel, UNO, OECD, usw.) das Ruder diesen Dilettanten aus den Händen zu reissen! Es darf nicht weiter so sein, dass eine einzige Grossmacht über ihre Landeswährung \$ den ganzen Welthandel bestimmt und zu ihren Gunsten einseitig manipuliert. Weltweit werden beliebig viele Staaten genötigt, den in den USA verursachten Schaden zu «schultern» (z.B. 68-Mia.-Kredit für UBS, Hypothekenkrise der USA aus unseren Steuergeldern und unserer Nationalbank, ohne dass das Volk oder die Politiker gemerkt hatten, dass wir erpresst wurden!). Wie wir weltweit beobachten, sind nämlich die Zeiten der **Monopolaren Weltordnung**, die von 1990 bis 2008 gedauert hat, endgültig vorbei (vor 1989 war sie bipolar)! Die zu weiteren Grossmächten aufgestiegenen Nationen Russland, China und Indien werden dies auch nicht mehr länger dulden (siehe Georgien-Konflikt 2008)! Dieses Datum war nämlich eine weltgeschichtliche Zäsur. Wir sind bereits übergegangen in eine Multipolare Weltordnung, wo (gottlob!!) die USA nicht mehr das alleinige Sagen haben! (siehe Nachricht der NZZ vom 24.3.09: China fordert neue Leitwährung, Zentralbankchef Zhou Xiaochuan rüttelt an Dominanz des Dollars im Währungsgefüge). Die im Vorfeld des G20-Gipfeltreffens vom 2. April 2009 gestellten Forderungen Chinas (vermutlich werden auch andere G-20-Länder nachziehen) machen sehr deutlich, dass die Zeiten der Weltführerschaft der USA endlich abgelaufen sind!

Der drohende Zusammenbruch des Welthandels (siehe www.swissinfo.ch vom 24.3.09: WTO prophezeit Absturz des Welthandels) wird vermutlich zu Versorgungsengpässen führen, insbesondere dann, wenn auch unser Land keine Pflichtlager mehr hat (Nahrungsmittel und Treibstoff für ca. 1 Jahr.) Diese Bestimmung wurde nämlich 1999 im Zuge der Verfassungsreform und der Neoliberalisierung auch im Bereich der Nahrungsmittelversorgung aufgehoben. Umso mehr müsste hier der Bundesrat dringend handeln, statt irgend welchen Launen des Marktes zu vertrauen und die eigene Be-



*Die Federal Reserve ist eine private Einrichtung, und die Eigentümer, Privatleute (wahrscheinlich namens Rockefeller, Bush usw.) schöpfen aus ihrer Funktion illegal Massen an Geldern.*

völkerung diesem schutzlos auszuliefern!

Auch auf weltweiter Ebene wären dringend folgende Massnahmen durchzusetzen, um 1. die Krise abzuwenden und 2. der veränderten geopolitischen Weltlage Rechnung zu tragen:

## Lösungsvorschläge:

(9-Punkte-Plan für alle Staaten weltweit, gewisse Aspekte sind Schweiz- oder Europaspezifisch)

### 1. Keine Finanzhilfen an international agierende Grossbanken:

Parlament und Bürger müssen solche Gesuche ablehnen! Auch sollten wir nicht in die Falle der Verstaatlichung dieser Banken hineintappen, weil sonst durch Schuldenübernahme der Staatsbankrott droht. Denn schliesslich soll dieser Filz im Finanzwesen nicht länger erhalten werden! Falls dies dennoch beschlossen würde, sollte vom Volk (wo dies möglich ist) das **Referendum** ergriffen werden! (geschah leider nicht)

**2. Neues Geldwesen in allen Ländern:** Dies ist die **Chance**, in möglichst allen Staaten ein **neues Finanzsystem** aufzubauen. – **Zinsfrei** und **mit einer Umlaufsicherungs-Gebühr** versehen! – (nach Idee von Silvio Gesell)

**3. Notenbankreform:** Das Recht, Geld in den Umlauf zu bringen, gehört ins Eigentum des Staates und die **Leitung** derselben in die Hände von **ethisch Gebildeten**. (siehe entsprechende Petition der Ethikpartei; www.ethikpartei.ch). Um die **Macht der Geschäftsbanken über die Gemeinwesen (Staaten)** zu **brechen**, müsste der Kreditbedarf des Staates (Bund, Kantone und Gemeinden) direkt durch die Notenbank gedeckt werden;

oder aber über eine in staatlichem Besitz befindliche Geschäftsbank (z.B. der Postfinanz endlich eine Banklizenz erteilen) den Kreditbedarf der Gemeinwesen abwickeln. Dies ist notwendig, da sich sonst die maroden, international operierenden Grossbanken über hohe Kreditzinsen und ultraliberale Schockprogramme, die sie den Staaten als Kreditnehmer verordnen wollen, «sanieren» würden. Dieses **Abwälzen der Krise auf unsere Realwirtschaft und die Gemeinwesen** seitens der Hochfinanzkreise (dies zu Lasten von uns allen), **muss auf jeden Fall verhindert werden!** Wir verlangen von diesen Grossbanken, dass sie endlich die hoffnungslosen **Schulden und die faulen Vermögenswerte abschreiben**, damit die Krise nicht noch konserviert und verlängert wird!



*Nun findet ein Paradigmenwechsel statt: Es ist vorbei mit den hehren Plänen von Macht und materiellem Reichtum.*

**4. Beendigung des Kasinokapitalismus und Bodenreform:** Hedgefonds, Börsen, **Spekulation abschaffen!** Grenzüberschreitender Kapitalverkehr müsste wieder strenger kontrolliert werden! – Insbesondere die Bodenspekulation muss beendet werden, indem der **Boden in die Allgemeinheit** (Gemeinden) **überführt** wird und nur noch in zeitlich befristetem Bau- oder Nutzrecht an Private abgegeben werden kann. Somit werden weitere Boden- Hypothekenkrisen verhindert. Die Einnahmen der Bodennutzgebühr werden in erster Linie zur Finanzierung von Kindergeld an die Mütter verwendet.

**5. Ökologischer Umbau der Wirtschaft:** Nicht regenerierbare Energie und Rohstoffe statt Arbeit besteuern (Minderwert-Steuer statt Mehrwert-Steuer). Allfällige Konjunkturbelebungshilfen sollten in erster Linie zu **Aufforstungsprogrammen** (Mischwald) in erosionsgefährdeten und wasserarmen Gegenden, **Förderung von umwelt-**

**freundlichen, regenerierbaren Energien** und des **öffentlichen Verkehrs** verwendet werden. Auf keinen Fall soll die umweltschädliche Autoindustrie am Leben erhalten werden, wie das jetzt in den USA und der EU gemacht wird! – Reduktion oder gar völlige **Abschaffung der Agrarexport-Subventionen** (EU und USA subventionieren noch immer). Diese wichtige Massnahme würde nämlich die einheimischen Landwirtschaften und die **Ernährungssouveränität der ärmeren Länder erhalten und stärken** (ebenso ihre sonstige Entwicklung) und so eine unnötige Migration in die erstgenannten Länder verhindern! (Migranten werden ohnehin nur als Billiglohnmasse ausgebeutet und verhindern im Herkunftsland den Aufbau des Landes, da diesem somit die junge Intelligenzia abgezogen wurde!) – Diese unhinterfragte Form des **Neokolonialismus** unter dem Deckmantel des Freihandels und Globalismus **muss endlich ein Ende finden!** Besser sind daher **Anbauprämien** für kleine und mittlere Bauern in allen Ländern, um den Erhalt und die **Förderung des biologischen Ackerbaus, Obst- und Gartenbaus** und eine **gesunde, gentechfreie Ernährung** der eigenen Bevölkerung vor Ort zu **gewährleisten**. Die Fleischproduktion (Viehzucht) ist im Flachland (Mittelland) zurückzudrängen, da Pflanzenkost bis ca. 10 Mal mehr Menschen ernähren kann. Dieses Vorgehen ergibt wertvolle Flächen für eine höhere **Ernährungssouveränität** in praktisch jedem Land! Um eine weitere Überbauung des wertvollen Kulturlandes zu verhindern, müssen **schärfere Bestimmungen in der Raumplanung** und ein **Einwanderungsstopp** beschlossen werden, ebenso die Kündigung aller Personenfreizügigkeitsverträge.

**6. Stärkung der föderalistischen Nationalstaaten:** Mit einer **möglichst autarken Binnenwirtschaft:** Zölle und Protektionismus sind ab sofort keine Schimpfwörter mehr. Kleinräumiges, dezentrales und diversifiziertes Wirtschaften **ist nachhaltiger und ökologischer** als das Globalistische, Einseitige und Zentralistische! – Produktion (Arbeitsplätze) und Konsumenten sollten möglichst nahe beieinander sein, um unnötige Transporte zu vermeiden! Keine Auslagerungen

**Neue Wege aus der Finanzkrise**

Fortsetzung von Seite 3

mehr in andere Länder! – Nach dem neuen Motto: **Deglobalisieren** – soll die **WTO aufgelöst** werden, welche alle diese ungesunden Entwicklungen forciert hatte! – Dar- aus folgt:

**7. Vertragshandel statt Börsenhandel:** Die **UNCTAD** (statt die WTO) als neue **Plattform für faire Regeln** (bei einem gegenüber heute verminderten Handelsaus- tausch) auf weltweiter Ebene wäre die Alternative für alle Nationen. Ganz nach dem Motto: **Fairer Handel statt Freihandel**.

**8. Beendigung der Dollar-Vorherrschaft:** Als Ausgleich in einer **multipolaren Weltordnung** ist eine (nicht wie der Dollar an ein Land gebundene) **neutrale Welthandels- währung** (Bankor), ähnlich wie sie Jon Mainrad Keynes gefordert hatte, zu schaffen! – Die jeweiligen Nationalwährungen stehen dann in Relation zum Bankor, welcher **durch eine UNO-Unterorganisa- tion herausgegeben** und kontrol- liert würde nach dem Vorbild von Punkt 3. – Eventuell könnte dies der IWF sein, sofern alle **Bretton- Woods-Institutionen** dem heuti- gen Einflussbereich der USA ent- zogen, **der UNO unterstellt, trans- parent gemacht und demokratisch kontrolliert** würden!

**9. Reform der UNO:** Abschaffung des Vetorechtes, sonst müssten an- dere grosse Atommächte wie Indi- en und Pakistan ebenfalls das Veto- recht erhalten. Kontrolle, Aufbau und Verwaltung der UNO und ihrer Unterorganisationen sind **dem Einfluss der Geldmächte zu ent- ziehen!** Die Völker entsenden ihre durch Direktwahlen selber **demo- kratisch gewählten UNO-Vertre- ter**. Verlagerung von Kompetenzen vom UNO-Sicherheitsrat zur UNO- Vollversammlung, welche öfter **auf neutralem Boden** (Genf oder Wien) **tagen** sollte. Auf diese Weise kön- nen endlich die anderen **Weltpro- bleme gemeinsam** und unbefange- ner mit allen Nationen **angegan- gen und gelöst werden:** Überbevöl- kerung, Bildung, Soziales, militärische Konflikte, Umweltschutz, Energie, Ernährung und fairer Handel...

Zu radikal? – Angesichts der heuti- gen Weltlage sicher nicht! – Dar- um schliesse ich diese dringend benötigten Lösungsvorschläge ab mit einem Zitat von Albert Ein- stein: **«Man löst Probleme nicht mit den Ansätzen, die zu ihnen ge- führt haben.»**

Walter Wobmann, Zürich

**1. August beidseits des Alpenkamms****Der älteste Bundesbrief**

Er liegt im Original im Bundes- briefarchiv zu Schwyz. Lateinisch beginnt er «actum anno domini MCCLXXXprimo, incipiente mense Augusto» und ist vereinbart auf «perpetuum duratis», auf ewi- ge Dauer. Dessen Echtheit kann kein Linkspolitiker anzweifeln.

Vor 718 Jahren gelobten sich der- art die «Landleute der Täler Uri und Schwyz sowie diejenigen des untern Tales von Unterwalden» in Anbetracht der «bösen Zeit» sich gegenseitige Treue, «gelte es Per- sonen oder Sachen».

**Weitere Bündnisse**

Es wurden nun in rascher Folge abgeschlossen:

- Bund mit Zürich am 16. Wein- monat 1291 (Zürich, Uri, Schwyz)
- Bund der «drei Länder», 9. Christmonat 1315», nun in deut- scher Sprache zwischen Uri, Schwyz, Unterwalden. Darin kommt erstmals das Wort «Eid- genosse» vor
- Bund mit Luzern vom 7. Novem- ber 1332 (die Besten und Klüg- sten sollen Krieg und Misshellig- keiten schlichten)
- Bund mit Zürich vom 1. Mai 1351 mit Verpflichtung, einen ewigen Bund zu halten «für Frie- den und Schirmung unseres Lei- bes und Gutes, unserer Städte und Länder und Leute»
- Bund mit Glarus vom 4. Juni 1352
- Zuger Bund vom 27. Juni 1352
- Berner Bund vom 6. März 1353
- Bund der vier Waldstätte mit Gersau und Weggis 13. August 1359)

Welche diplomatische Tätigkeit! Und wie kleinräumig war die da- malige Welt. Aber es gab nach dem Untergang des Römerreiches keine Ordnungsmacht mehr. Im rechten Zeitpunkt haben die «Alten Schweizer» ihr Geschick selbst an die Hand genommen.

**Vorbild Südtäler**

Die Bleniesen haben schon anno 1182, über hundert Jahre zuvor den Patto (Pakt) von Torre ge- schworen. Sie verpflichteten sich, jede entstehende Burg zu zer- stören und keine fremden Richter zu dulden. Keineswegs verwunder- lich! Die südlichen Alpentäler wa- ren in ihrer wirtschaftlichen und geistigen Entwicklung uns voraus. Das dürfen wir bei Wanderungen durch «malerische» Bergdörfer nicht vergessen.

Damals wie heute sind sie für uns



Confederati, wir Eidgenossen der- selben Bünde. Wie wir «Liberi e Svizzeri».

**Hüter der Alpenübergänge**

Am Gotthard steht der Tessiner Grenzstein ziemlich unterhalb der Wasserscheide. Andere Übergänge wurden viel früher begangen.

Die Römer zogen über den Gros- sen St. Bernhard, nach Britanien, deutsch-römische Kaiser über Lukmanier und Septimer ins spä- tere Italien. Schön beschrieben und an Ort nachempfunden bei Conrad Ferdinand Meyers Gedicht «Der Kaiser und das Fräulein». Spät erst gesellte sich der Gotthard dazu. So wurden Pässe, später Al- penbahnen zur Verbindung zwi- schen Süd und Nord. Von Malvag- lia kommen Bettelbriefe für ein Bergkirchlein «Monte Greco». Sie- delten dort Griechen oder waren diese Bergler griechisch-orthodoxe Christen? Wie Römer in Martigny und Sarazenen in den Zermatter Tälern. Dies alles ist heute eid- genössisch. Der einst die Alpen re- gierende Adel sank zu einfachen Bürgern ab und machte der Demo- kratie Platz.

Unsere föderalistische Struktur war das Mittel gegen alle konfes- sionelle, politische und wirtschaft- liche Streitigkeiten. Die einst stra- tegisch bedeutenden Täler sind heute demobilisiert wie unsere dortigen Festungen.

**Grund zu Freude**

1891 wurden 600 Jahre Eidgenos- senschaft mit grossen patrioti- schen Feiern, Festspielen und Um- zügen begangen. Die zwei Welt- kriege haben uns ernüchert. Ver- schwunden sind viele abendliche Feiern mit Pyramiden der Turner, Reden, Blasmusik, Bier. Eine

staatsmännische Rede darf es aber sein, Höhenfeuer, aber möglichst wenig Kracher!

Im Tessin ein «Falò», auf Deutsch ein Freudenfeuer. Eidgenosse, Confederato zu sein im Sinn der einleitend zitierten Bünde ist Grund zu Freude. Dann feiern wir aus echten Gefühlen und nicht bloss, weil dies in Artikel 110 der Bundesverfassung festgeschrieben steht...

Unser sicher verwahrter Bun- desbrief von 1291 ist zurzeit in Philadelphia «für drei Wochen» ausgestellt. Hoffentlich findet er dort die ihm gebührende Be- achtung. Schliesslich sind Abertausende von Schweizern in die «Staaten» ausgewandert und haben dort Pionierarbeit vollbracht, die heute vergessen und von der UBS angekratzt ist. Noch immer können US-Ameri- kaner die Schweiz und Schwe- den nicht auseinanderhalten. Für Museumsbesucher ist dies- ses Stück Pergament Nachhilfe- Unterricht in europäischer Ge- schichte.

**Aktien der Schweizerischen Nationalbank!**

(Ergänzung zum «Schweizer De- mokrat» Nr. 6, Seite 7)

Dieses ur- schweizeri- sche Papier ist datiert vom 6. Juni 1907. Meines lautet auf den Na- men meines Urgrossvaters, ging durch Erbgang an meine Mutter, schliesslich an mich. Die Aktien lauten auf fünf- hundert Franken «wovon Fr. 250.– einbezahlt».

Falls die Nationalbank bei der UBS zu Verlust kommt, wäre es mög- lich, von den Aktionären den nicht einbezahlten Betrag nachzuverlan- gen, so wie der Aktionär (theore- tisch) Anteil am Vermögen und Ge- winn habe «nach Massgabe des Bundesgesetzes von 1905». Jähr- lich erhalte ich so eine Dividende von netto Fr. 9.75, muss aber den Börsenwert von über Fr. 1000.– als Vermögen versteuern. Die jähr- liche Generalversammlung im Casi- no in Bern ist eine reine Form- sache.

Robert Berner



# 1.-August-Feier 2009 der Schweizer Demokraten und JSD

Die diesjährige 1.-August-Feier findet statt  
im Hotel Winkelried, Landstrasse 36, 5430 Wettingen/AG

## Programm:

- ab 10.30 Uhr: **Musikalischer Auftakt** durch das Duo Bolliger/Klees
- 11.00 Uhr: **Singen der Nationalhymne** «Rufst Du mein Vaterland»
- Begrüssung und Programmführung** durch Dragan Najman, Grossrat
- 11.10 Uhr: **Ansprachen von Marco Schällmann, Präsident JSD NWS**  
**René Kunz, Grossrat**, «Meine ersten Erfahrungen im Grossen Rat»
- 12.30 Uhr: **Mittagessen** – Menü: Geschnetzeltes, Spätzli, grüne Bohnen, Salat. Kosten: Fr. 20.–.  
Es kann auch vegetarisch gegessen werden.  
**Musikalische Unterhaltung** durch das Duo Bolliger/Klees
- 14.00 Uhr: **Ansprache von Markus Borner, 1. Vizezentralpräsident**,  
«1. August-Feier – wie lange noch? Ja zur Zukunft der Schweiz!»
- zirka 15.00 Uhr: **Schluss mit Singen der Nationalhymne**  
«Trittst im Morgenrot daher».

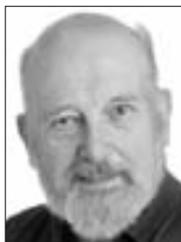


Baden mit Blick auf Wettingen.

**Anfahrt:** Per Bahn und Bus: Ab Bahnhof Baden Buslinien 1 und 7, Haltestelle Winkelried; Kurzstrecke (5 Stationen; Fahrt-dauer ca. 5 bis 6 Minuten). Abfahrt **Bus-Bahnhof Ost**, d.h. wenn man von Zürich anreist, ist es rechts der Zügeinfahrt; von Basel oder Bern kommend links der Zügeinfahrt.

## Der Krankenkassenprämien-Alarm

– ein Vertuschungsmanöver der Probleme!

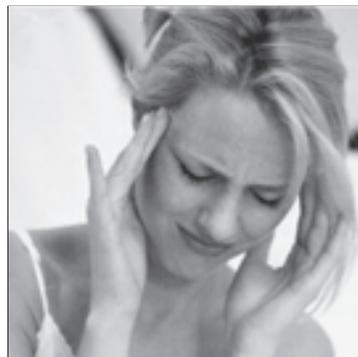


von Valentin  
J. Oehen,  
e. Nationalrat,  
Köniz

**Hektisches Nichtstun, viel Lärm um Nichts und überall Rauchpetarden beherrschen zur Zeit das Schlachtfeld der Gesundheitspolitik.**

Nach den leeren Versprechungen der seinerzeitigen Bundesrätin Ruth Dreifuss, mit der Pflicht-Krankenversicherung den Prämienanstieg stoppen zu können und den verunglückten Vorstössen ihres Nachfolgers Pascal Couchepin, wäre es jetzt wohl an der Zeit, grundsätzliche Fragen unseres Gesundheitssystems zu diskutieren und für die Volksgesundheit wirksame Massnahmen aufzugleisen. Es wäre vor allem an der Zeit, das «Schwarzpeter-Spiel» zu beenden,

bei dem die Schuldkarte im Kreise der Leistungserbringer herum gereicht wird: Von den Ärzten zu den Spitälern – zur pharmazeutischen Industrie – zu den Patienten, insbesondere der älteren Generation und zurück zu den Ärzten. Überall wird Sparpotential geortet und alle wehren sich mit Händen und Füssen für ihre Pfründe nach dem St. Florians-Prinzip. Und doch – es gilt, die Probleme grundsätzlich zu überdenken und geeignete Massnahmen zu treffen. Eine Gesundheits-Polizei nach den Vorstellungen von Ständerat und Helsana Präsident Eugen David würde uns gewiss auch nicht weiterbringen, solange die Grundlagen der Gesundheitspolitik falsch sind. Es ist doch so, dass die überbordenden Kosten unseres Gesundheitssystems keineswegs ein unabänderliches Schicksal ist – sondern vielmehr die bitteren Folgen einer verfehlten Gesundheits- und Gesellschaftspolitik. Hierzu wurden schon dicke Bücher geschrieben, die in den Bi-



«Gesund sein» ist eben so wenig ein Geschenk Gottes, wie «krank sein»...

bliotheken verstauben, statt dass diese ernsthafte Diskussionen ausgelöst hätten. Stellvertretend für andere sei hier auf das von Dr. HP Studer 1995 veröffentlichte Buch «Gesundheit in der Krise» verwiesen. Dort sind so gescheite Feststellungen zu finden wie etwa (S. 390): **Mit gezielten Rückkoppelungen ist dafür zu sorgen, dass die einzelnen Beteiligten je ein eigenes Kosten- und Leistungsbe-**

**wusstsein entwickeln, ohne weiterhin einfach Lasten sozusagen im Kreise herum auf andere ab-schieben zu können.»**

Doch Bundesrat und Parteien reagieren eher hilflos auf eine Entwicklung, die längst aus dem Ruder gelaufen ist. Ob die Leistungen gemäss Grundversicherung eingeschränkt, die Kopfprämien zu Lasten der Steuerzahler abgeschafft oder die monistische Spitalfinanzierung eingeführt würde, an der katastrophalen Entwicklung wird sich nichts ändern, wenn man sich weiterhin scheut – grundsätzliche Überlegungen anzustellen und entsprechende Massnahmen zu treffen. Doch vorab ist klar, dass die pharmazeutische Industrie diszipliniert werden muss! Dem industriell-pharmazeutischen Komplex ist dringend der dogmatisch-absolutistische Anspruch auf alleinige Wirksamkeit und Wissenschaftlichkeit seiner

Fortsetzung Seite 6

**Krankenkassenprämien-Alarm**

Fortsetzung von Seite 5

Methoden abzusprechen. Dies umso mehr als sich dahinter der reine Machtkampf um noch mehr Marktanteile, noch höhere Gewinne, versteckt. In diesem brutal materialistischen Streben wird allzu oft mit unsauberem Mitteln gekämpft, wie in der medizinischen Literatur (gefälschte Versuchsergebnisse; unbewiesene Theorien usw.) nachgelesen werden kann.

**Die in diesen Wochen veröffentlichten Erfolgszahlen der grossen Pharma-Konzerne sprechen eine deutliche Sprache!**

**Es ist an uns, diese Sprache zu interpretieren und daraus die Folgerungen zu ziehen.**

**Teilgebiete offensichtlich verfehlter Gesundheitspolitik** sind die Behandlung der Sportunfälle mit ihren Folgen und die Drogenpolitik.

Es ist nicht einzusehen, weshalb die jährlich Hunderttausende von z.B. Ski-Unfällen von den Grundversicherungen zu tragen sind. Wer Skifahren will oder Risikosportarten irgendwelcher Art betreibt, müsste sich in einer speziell zu schaffenden, freiwilligen Sportversicherung versichern können, wo die Prämien dann dem Risiko der Sportart entsprechend festgelegt werden müssten.

Es ist bekannt, dass der Drogenkonsum enorme Kosten auf verschiedenen Ebenen zur Folge hat (Justiz, Fürsorgewesen, Gesundheitswesen, usw.) und das heutige 4-Säulen-Prinzip eine kostspielige, politische Fehlleistung ist. Aber solange im Parlament der Drogenindustrie zudienende National- oder Ständeräte wie z.B. Prof. Dr. med. Felix Gutzwiller – seines Zeichens Verwaltungsrat eines Methadon-Produzenten – Einsitz haben, ist eine glaubwürdige, abstinenzorientierte Drogenpolitik nicht zu erwarten.

**Übervölkerung**

- schafft Stress und macht aggressiv
- macht uns gegenüber fremden Mächten abhängig und erpressbar
- zerstört Natur und Landschaft

**Darum:** Weg mit den EU-Verträgen, die uns der Masseneinwanderung schutzlos aussetzen und zudem die Arbeitslosigkeit erhöhen!

- national
- umweltbewusst
- sozial



Schweizer Demokraten, Postfach 9103, 8036 Zürich

Auf diesen beiden Gebieten liessen sich sofort Milliarden einsparen, die von den Kostenverursachern zu tragen wären, resp. aus der Grundversicherung ausgeschieden werden müssten oder überhaupt vermeidbar wären.

**Grundsätzliche Erwägungen**

Folgende Möglichkeiten sind auszuloten:

- Die längst bekannte Neuordnung der Krankenkassen im Sinne des Vorschlages des verstorbenen Dr. G. Brem in Gesundheitskassen mit dem Prämienplitting. Dabei würde die gesunde Lebensführung massiv belohnt ohne den Grundgedanken der Solidarität zu verlassen.
- Die Förderung komplementärer, medizinischer Heilmethoden, mit denen nachgewiesenermassen Kosten gespart werden können.
- Die Neuausrichtung der medizinischen Ausbildung und Forschung; weg vom dogmatischen Materialismus mit seiner mechanistischen Auffassung über die Natur des Menschen.
- Zuweisen der gebührenden Stellung der reinen Symptom-Therapie, die heute das therapeutische Geschehen rund um die Schulmedizin dominiert.
- Die Mediziner selbst sind aus dem Spezialistentum, das heute einen viel zu breiten Raum einnimmt, herauszuholen und wieder zum echten Arztsein hinzuführen. Sie müssen wieder lernen, den Menschen ganzheitlich als Körper-Seele-Geist-Wesen wahrzunehmen und nicht bloss als Krankheitsfall (die «Leber auf Zimmer 209»; das «Herz auf der Notfall-Station»).

**Nicht zu vergessen, die demographische Entwicklung!**

Zu diesem Thema schreibt HP Studer im bereits erwähnten Buch auf Seite 62/63 (Zitat):

*Ein besonders dankbares Zielpublikum für die Arzneimittelindustrie, die Ärzte und Apotheker ist das wachsende Segment der Senioren. Nach amerikanischen Studien erhalten alte Menschen zwischen drei und zwölf Medikamente pro Tag, die rezeptfreien Substanzen nicht eingeschlossen. Da manche Pillen nur einmal, andere aber drei- oder gar viermal täglich genommen werden müssen, sind bis zu 60 einzelne Medikamentendosen pro Tag nichts Ungewöhnliches. Für manchen Greis wird der Tagesablauf strukturiert von der Befolgung medikamentöser Therapieschemata, die weder der Patient noch der Arzt mehr hinreichend überblicken.*



*Die Grundlagen unserer Gesundheitspolitik sind falsch...*

*Der ältere Mensch braucht nicht mehr, er braucht weniger Medikamente, und diese müssen auch noch viel vorsichtiger gehandhabt werden. Stattdessen werden ältere Patienten mancherorts im Zustand chronischer Arzneimittelvergiftung gehalten, wenn der körpereigene Abbau eingenommener Medikamente mit dem Nachschub nicht mehr Schritt hält.»*

An dieser Stelle wären auch die Zivilisationskrankheiten oder besser, die Folgen vieler zivilisatorischer «Errungenschaften» zu erwähnen. Zu erinnern ist an die Folgen des Elektromog (Mikrowellen, Handys), über denaturierte Nahrungsmittel (mit all den Zusätzen) bis zum Bewegungsmangel (als Folge der Motorisierung und der «Glottophilie»!)

**Und zum Schluss noch ethisch-moralische Fragen!**

Fragwürdig ist der Vorschlag von BR Couchepin, dass die Gesunden mehr bezahlen sollten als der Durchschnitt. «Gesund sein» ist ebenso wenig einfach ein Geschenk Gottes, wie «krank sein» nicht zwingend ein unverdientes Schicksal ist. Wer über seine Lebensführung und Ernährung seinen Teil zum «gesund sein» beiträgt, würde dann zu Gunsten jener bestraft, die oftmals in ihrer Jugend oder auch später recht leichtsinnig mit ihrer Gesundheit umgehen und dann im reiferen Alter dafür büssen müssen. Das kann nicht richtig sein!

– Für die existenziellen Notfälle wäre dann noch immer der Steuerzahler das Opfer, da ja in unserer Zivilisation den Notleidenden weiterhin beigestanden werden müsste.

**Mit welchem Recht lassen wir alte, nach Hirnschlägen resp. Hirnblutungen hirntote Menschen, nicht sterben?**

Die künstliche Verlängerung des Sterbeprozesses – in Einzelfällen um Jahre – ist nicht nur äusserst kostspielig – es ist auch unverantwortlich gegenüber dem betroffenen Menschen. Wer das Leben nach dem Tod als Realität begreift,

kann diese Massnahmen nur als Vergewaltigung des Sterbenden definieren.

**Ein besonderes Kapitel wäre den Krebskranken zu widmen.**

Die Schulmedizin handelt in grossem Umfange noch immer im Sinne des spöttischen Buchtitels von Lothar Hirneise: *«Die Chemotherapie heilt Krebs und die Erde ist eine Scheibe.»* und verursacht damit ungeheure Kosten und unendlich viel unnötiges Leiden. Der Wissenschafts-Journalist Phillip Day führt in seinem Buch «Der Kampf um die Gesundheit» folgendes aus (Zitat).

*Es fällt mir schwer, innerhalb des «staatlich sanktionierten Gesundheitswesens» von heute auch nur annähernd ein System oder eine Struktur auszumachen, die ihrem Wesen nach tatsächlich darauf abzielt, die natürliche Lebensspanne des Menschen zu verlängern, bzw. – und das ist vielleicht von noch grösserer Bedeutung – die ihrem Wesen nach tatsächlich darauf abzielt, Präventivmassnahmen ins Spiel zu bringen und anzuwenden, damit es gar nicht erst zu Erkrankungen kommt. Weil es allen Dementis zum Trotz doch um Krankheit, statt um Gesundheit geht und weil Krankheit das fette Zugpferd ist, das vor den Karren von «Big Business» gespannt ist.*

**Im heutigen Gesundheitswesen geht es nur um Profit. Der fundamentale «raison d'être» des medizinischen Establishments in seiner heutigen Struktur ist der, dass selbiges mit der Absicht ins Schlachtfeld zieht, Krankheiten behandeln bzw. heilen zu wollen, anstatt mit der Absicht einen Krankheitsausbruch grundsätzlich zu verhindern. Der gigantische Profit, der damit gemacht wird, indem der Kampf ausgefochten wird, und nicht, indem man nach Lösungen sucht, wie der Kampf grundsätzlich vermieden werden kann, ist der entscheidende Punkt.**

(Ende Zitat)

Wenn man obige Aussagen ernst nimmt, wird sofort klar, dass die politischen Behörden ganz andere Schwerpunkte für die Entwicklung des Gesundheitswesens setzen müssten. Die Umverteilung der Krankenkosten ist ein Hornberger Schiessen. Das Ziel müsste es zweifellos sein, die Volksgesundheit zu verbessern, statt sich auf die Kostenfragen zu konzentrieren. Das nötige Wissen wäre vorhanden; es fehlt an der breiten Vermittlung ins Volksbewusstsein und es fehlen die Anreize um dieses Wissen im Alltag umzusetzen.

Juli 2009

Michael Jackson 1958–2009

# Auch ein «King of Pop» ist sterblich!



Markus Borner,  
e. Grossrat,  
SD-Zentral-  
Vizepräsident,  
Basel

**Über Tote soll man nicht «schlecht reden», sagt der Volksmund. Es gibt aber Fälle, da muss an Tabus gerüttelt werden. Bei Michael Jackson ist nicht eine Verklärung, sondern eine realistische Betrachtungsweise seiner früheren Lebenssituation angezeigt. War er ein Verführer oder selbst ein Verführter? Nachfolgend ein Überblick zu diesem Thema – etwas anders beurteilt als in den meisten Medien!**

Bekanntlich war Michael Jackson schon im Kindesalter als Gesangs- und Tanztalent im Schosse der sehr populären Familienband «Jackson Five», zusammen mit seinen vier älteren Brüdern, im Show Business kein Unbekannter. Michael Jackson – als «Jacko» von seinen Fans richtiggehend vergöttert – landete dann in den Achtziger- und Mitte der Neunziger-Jahre als Solokünstler (welcher neben sich keinen Gleichwertigen duldet!) mehrere musikalische Riesenhits wie: 1983 – Billie Jean; 1987 – Bad; 1991 – Black Or White; 1995 – You Are Not Alone und Earth Song. Dabei durfte er immerzu grossen Ruhm ernten (und die Profiteure mit ihm das grosse Geld!). 1997 trat er auch einmal im Basler Joggeli auf, wo 55000 Fans im strömenden Regen den King of Pop jubelten. Konzerte in dieser Gröszenordnung waren weltweit nicht die Ausnahme, sondern die Regel... Jackson verkaufte schon zu Lebzeiten 750 Millionen(!) Tonträger (der Verstorbene hinterlasse aber jedoch z.Z. Schulden von ca. 500 Millionen Dollar). Apropos Zahlen: Jackson konnte mit Geld nie umgehen. Andere hingegen in seinem Umfeld schon – wenn's um den eigenen Profit ging!

Ob ein jeder Mensch den Musikstil von Jackson sympathisch und «aufbauend» beurteilt, bezweifle ich. Es waren (und erst nach seinem Tod?) Millionen meist junger Menschen – gleich welcher Rasse und Nationalität (Ausnahmen bestätigen die Regel wie Nord-Korea oder arabische Staaten), die Jacko als ihr Idol betrachte(te)n.

## Maskerade bis in den Tod

Insbesondere während der letzten 10 Jahre – aber auch gelegentlich zuvor – hatte Jackson manche Rückschläge zu verarbeiten. Das Geschäft lief immer harziger. Seine Songs wurden ausgeleiert. Mit seiner Person wurde nicht mehr nur ein quirlicher Popstar präsentiert, nein – auch ein Mann (wenn auch untergewichtig), der es «gut» mit Buben konnte. Derlei Dinge führten zu Anklagen und Millionenvergleichen mit den Familien der Geschädigten.

Jackson war offiziell Vater dreier Kinder. Die beiden älteren (Paris und Prince Michael I sollen aus der Ehe mit seiner zweiten (weissen) Frau Debbie Rowe hervorgegangen sein. Jackson entstammt einer afroamerikanischen Arbeiterfamilie. Die beiden Kinder sind eindeutig als Menschen weisser Hautfarbe auszumachen. Meine Darlegungen zur Rassenzugehörigkeit haben hier nichts, aber auch gar nichts, mit einer Wertung von unterschiedlichen Rassen zu tun. Fakt ist aber: Jackson ist nicht der biologische Vater der zwei Kinder (welche Jackson aber als seine anerkannte!) von Debbie Rowe und offensichtlich auch liebte.

Das dritte und jüngste Kind (ebenfals von ihm anerkannt) namens Prince Michael II sei von einer «Leihmutter» geboren worden. Dieses Kind hat auch eine weisse Hautfarbe! Wer ist denn hier der wirkliche biologische Vater? Dass Jackson «seine» Kinder in der Öffentlichkeit nur als Vermummte (damit sie nicht zu erkennen seien) zeigte – weist auf einen weiteren Tick des ehemaligen Popstars hin (oder war's bloss ein abartiger PR-Gag?). Vergleichen Sie bitte auch die Namen der beiden Söhne. Einfältiger geht es ja nicht mehr! Von vielen Medienleuten und «Zeitzeugen» wird immer wieder die Story von der schwierigen Jugendzeit des Michael Jackson ins Feld geführt. Der böse und strenge Vater Joseph (Kranführer und Gitarrist) habe dem kleinen Michael die Jugend genommen und ihn zum Bühnenstar gezwungen – weswegen dieser halt verschiedene Macken abbekommen habe. Halt! Konnte denn Michael Jackson als erwachsener Mensch nicht seinen eigenen Weg gehen? (so wie es bei andern normalen Menschen üblich ist?) Solche Lebenslügen von und über Jacko haben sehr kurze Beine! Weitere folgen sogleich...



Michael Jackson früher und kurz vor seiner geplanten Konzert-Tournee.

## Ein erbärmliches ICH!

Das Aussergewöhnlichste an Jackson ist – nebst seinen musikalischen und tänzerischen Fähigkeiten – der Drang/Wunsch, sein Äusseres als Afroamerikaner abzustreifen, indem er sich mittels unzähligen Operationen seine negroiden Gesichtszüge mit dem Skalpell wegschnippeln liess. Zuletzt sah er aus wie ein Zombie im Wachstfigurenkabinett! Wenn da gewisse Journalisten auch noch von krankheitsbedingter Hautveränderung reden, haben auch diese einen Knall in der Schüssel!

Auch trug Jackson zu Lebzeiten eine schwarze Perücke. Auf seine extravagante Kostümierung bei Konzertauftritten gehen wir hier schon gar nicht ein! Zur Perücke zurück: Er habe einen Teil seiner Kopfhaut mit der afrikanischen Haarpracht bei einem Unfall bei Filmdreharbeiten mit Feuer eingebüsst. Ist auch dies wieder so eine Geschichte – um zu erklären, wie man gekraustes Haar stillschweigend zum Verschwinden bringt? Jackson verleugnete ganz klar seine Wurzeln als Afro-Amerikaner! Die einen nennen ein solches Gehabe «Krankheit», die andern Rassismus gegenüber der eigenen Ethnie. Dass Jacko in erster Ehe von 1994 – 1996 mit der Tochter des legendären «King Elvis», Lisa Marie Presley (auch eine Frau weisser Hautfarbe) verheiratet war, stellt einen weiteren Mosaikstein im Puzzle des «King of Pop» dar! Ja gewiss, Elvis, war auch für viele Leute eine musikalische Ikone. Es gibt sie noch heute, jene die mit Enthusiasmus das Presley-Museum besuchen! (Die Geschichte

wiederholt sich nun!) Auf welche Weise übrigens Elvis Presley starb, ist ja auch bekannt!

## Abschied durch die Hintertür

Jacko hätte in wenigen Wochen eine Konzert-Tournee starten sollen. Aus finanziellen Gründen wäre der Popstar auf diese Einnahmen dringend angewiesen gewesen, beschäftigte er doch bis zu 50 persönliche Bedienstete. Das finanzielle Engagement der «Business-Leute» im Hintergrund zugunsten der neuen Produktion betrug bis heute schon zig-Millionen Dollar (Produktionsarbeiten, organisatorische Vorbereitungen, Personal usw.). Der immense Druck auf Jacko lastete deshalb schwer! Diese Pop-Ikone war aber voll medikamentenabhängig (wie damals Elvis!). Mit Doktor Conrad Murray stellten ihm die Konzertverantwortlichen gar einen Leibarzt zur Seite, damit auch sicher nichts mehr schief gehen sollte! Bekanntlich wurde Jackson im Verlauf der letzten Jahre mehrmals infolge Medikamentenmissbrauchs in letzter Minute dank ärztlicher Hilfe ins Leben zurückgeholt. Diesmal waren aber seine Lebensretter nicht im richtigen Moment zur Stelle. Zufall oder Absicht am 25. Juni 2009? Nutzniesser dieses für die Öffentlichkeit unerwarteten Abschieds gibt es aber viele... Weitere Ungereimtheiten sind hierbei vorprogrammiert!

Die Dollar rollen aber mit Sicherheit weiter!



## SD-Marktplatz

**Suchen Sie etwas?** (ein Handöge-  
li oder eine/n Freund/in). **Möchten  
Sie etwas verkaufen, vermieten,  
verschenken, tauschen usw?**

Rufen Sie uns an und teilen Sie  
uns Ihr Anliegen mit. Oder schrei-  
ben Sie uns per Briefpost/Post-  
karte; noch besser per E-Mail. Der  
zu veröffentlichende Text soll **kurz**

**und aussagekräftig** sein! Diese  
**Kleininserate** erscheinen max. 2-  
mal im «Schweizer Demokrat»  
und sind für die SD-Familie **gratis**.  
Normalerweise wird im Kleininse-  
rat für die Kontaktaufnahme die  
**Telefonnummer** des/der Auftrags-  
gebers/in abgedruckt. Aber andere  
Kontaktmöglichkeiten sind auch

möglich (z.B. Postadresse, E-Mail).  
Bei ganz persönlichen Dingen ist  
ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil. In  
diesem Fall bitte Ihrer Briefsen-  
dung an uns Fr. 10.– (Note) beile-  
gen. Wir leiten dann die eingegan-  
genen Briefe an Sie weiter. Bitte  
Ihre Postanschrift nicht vergessen.  
Volle Diskretion zugesichert!

**Kontaktadresse:** SD-Marktplatz,  
Postfach 1531, 4001 Basel

Tel. 061 262 03 04, Fax 061 262 03 15  
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch

Inserateaufgabe auch direkt mög-  
lich auf  
[www.schweizer-demokraten.ch](http://www.schweizer-demokraten.ch)

### Wer sucht, der findet!

#### ZU VERKAUFEN:

##### Spiegelreflexkamera Minolta

Dynax 300si mit Tragtasche. Neu-  
wert Fr. 850.–. Preis nach Abspra-  
che. Kanton Glarus.

**Telefon 055 640 63 94**

**Gartenwerkzeug**, 10-teilig, sehr  
guter Zustand, Fr. 50.–

**Verschiedenes:** 1 Kinder-Velo ab 2  
Jahren, 1 Knaben-Velo ab 4 Jahren,  
1 Touren-Velo, rot, alles in gutem  
Zustand, zusammen Fr. 30.–.  
4 Stück Elektro-König-Grill und  
Bratofen-Grill, 1 Nähmaschine «El-  
na», im Koffer, 1 Kindervelositz  
(neu), 1 Rasenmäher, nur zwei Be-  
triebsstunden, 1 Rasentrimmer mit  
Akku, fast neu, 1 Rasentrimmer,  
elektrisch, 2 Vogelkäfige, Höhe 80  
cm, Breite 58 cm, Tiefe 40 cm,  
Zweiter etwas weniger hoch.  
Mehrere Küchengeräte wie Mixer  
usw., neuwertig. Region Luzern.  
Fridolin Luchsinger, Rubistrasse,  
Nähe Vitznauerhof, 6354 Vitznau,  
**Telefon/Fax 041 397 01 88**

#### ZU VERKAUFEN/VERMIETEN:

**Wohnwagen**, 4 Schlafplätze – mit  
Vorbau, winterisoliert, an schön-  
ster Lage **am Lauerzersee**, 2 Minu-  
ten vom Strandbad. Guter Zustand.  
Auch interessant für Marktfahrer.  
Ferner suchen wir Interessenten  
für Schlauchboot und Alu-Boot.  
Region Luzern; Fridolin Luchsinger,  
6354 Vitznau,  
**Telefon/Fax 041 397 01 88**

#### GESUCHT:

Gesucht – günstig oder gratis:  
**Fotos, Ansichtskarten, Prospekte**,  
mit Abbildungen von Menschen,  
Objekten, Gebäuden, Landschaften  
usw. für den Abdruck im «Schwei-  
zer Demokrat» (Bebilderung von  
Artikeln). Kontaktadresse:  
SD-Sekretariat in Bern.

**Telefon 031 974 20 10,**

**Fax 031 974 20 11**

[schweizer-demokraten@bluewin.ch](mailto:schweizer-demokraten@bluewin.ch)

#### ZU VERSCHENKEN:

**Brennkirschen** zum selber  
Pflücken.

Region Münchenbuchsee/BE

**Telefon 031 879 06 28**

**Damenvelo**, Marke Cresta, 7 Gänge

Region Emmenthal/BE

**Telefon 034 497 22 37**

#### STELLENSUCHE:

Hausmann (46) und Papi, mit  
Handelsdiplom und mehreren  
Jahren Erfahrung in der Pflege in  
APH, sucht **in Basel oder Um-  
gebung eine Teilzeitstelle** (max.  
40%, vorzugsweise morgens).  
Dies kann auch eine Tätigkeit aus-  
serhalb der Pflege sein. Ab sofort  
disponibel. Ich bin vielseitig,  
zuverlässig und gewissenhaft.  
**Telefon 061 601 75 12**  
[helfer.pfirter@hispeed.ch](mailto:helfer.pfirter@hispeed.ch)

**CH/ZH, 52, suche Arbeit** als  
Lagerist, Magaziner, Druckerei-  
arbeiter, Hilfsschreiner, Maschinist,  
Wächter, Zeitungsverträger.

Vollzeit oder Teilzeit möglich;  
Fr. 3000.– monatlich oder Fr. 20.–  
pro Stunde. In der Probezeit nach  
Absprache.

**Telefon 076 436 95 09**

Gelernter, berufserfahrener  
**Schlosser**, 51, sucht neues Wir-  
kungsfeld in Basel oder Umgebung.  
Auch als Monteur angenehm.

**Telefon 079 446 83 45**

#### Dienstleistungen:

**Schuhmacher Meister Roger**  
Weber – Ihr Fachmann für Ein-  
lagen und alle Arbeiten am Schuh.  
Wetzikon und Zürich-Milchbuck.  
20% Rabatt für SD-Leser.

Für Termine und Fragen:

**Telefon 076 450 15 34**

E-Mail: [rw.osm@bluewin.ch](mailto:rw.osm@bluewin.ch)

**Buchhaltungen, Steuererklärun-  
gen, Lohnabrechnungen:**

Beratung und Soforthilfe in der  
ganzen Schweiz. Friedrich Auf der  
Maur, Volketswil/ZH

**Telefon 044 946 00 51**

#### REISEN/WANDERN/FREIZEIT:

**Ich spiele Saxofon und suche**  
**Akkordeonist** zum gemein-  
samen Üben und für kleine  
Auftritte. Bin Glarnerin.  
Es würde mich freuen, wenn sich  
jemand meldet.

**Natel 077 401 26 36**

Lebe seit 1 Jahr in der Tessin und  
**suche Gleichgesinnte zwecks**  
**Freizeitgestaltung.** Ich, 44, m,  
mobil mit Auto und Töff.

Hobbies: Frische Luft, Velo/  
Spazieren, Tauchen, Billard, Dart,  
Motorrad-Touren, Wassersport. Ich  
freue mich auf Euch, bis bald.  
**E-Mail: [mac1claud@yahoo.de](mailto:mac1claud@yahoo.de)**

**SD-Pensionierte, die gerne**  
**wandern (ganze Schweiz).**

Später eventuell Gründung einer  
Wandergruppe. Wer macht mit?  
Aus der Region Berner Oberland  
**Telefon 033 951 36 74**

#### ALLERLEI – NUOVO, NUOVO:

**I Democratici Svizzeri sbarcano in**  
**Ticino.** Se sei interessato a colla-  
borare a questa interessante inizia-  
tiva... scrivimi o telefonami... as-  
petto una tua chiamata.

**Riccardo Valsangiacomo,**  
**cp 292, 6834 Morbio Inferiore,**  
**ric.valsa@sunrise.ch,**  
**Telefono 076 595 21 53**

#### AUSSTELLUNGSHINWEIS:

**Kunst der Kelten**  
**700 vor bis 700 nach Chr.**

Die keltische Kunst ist der erste  
bedeutende Beitrag des Nordens an  
die europäische Kunst. Zum ersten  
Mal wird das einzigartige Kunst-  
schaffen der antiken Kelten in  
einer umfassenden Ausstellung  
gewürdigt. Ausgesuchte Spitzen-  
stücke stammen aus ganz Europa  
von Schottland bis Ungarn.

**Ab 18. Juni – 18. Oktober 2009**  
**Im Historischen Museum Bern**  
Helvetiaplatz 5, 3005 Bern  
Tel. 031 350 77 11, [www.bhm.ch](http://www.bhm.ch)  
Di bis Fr 10 – 20 Uhr  
Mo geschlossen

### Neu: Elektronische JSD-Zeitung

<http://jungschweizerdemokraten.swissblog.ch>

### SD-Facebook-Gruppe

René Kunz-SD-Grossrat AG  
Marco Schällmann

### Neue SD-Heimseite Aargau

[www.schweizer-demokraten-ag.ch](http://www.schweizer-demokraten-ag.ch)

### Bundesbern verwöhnt Ausländer in der Schweiz und lässt Schweizer im Ausland im Stich

Ein Schweizer gründet in den USA eine Existenz. Plötzlich wird er  
von Wirtschaftskriminellen und korrupter Polizei bedroht, diffamiert,  
ausgeplündert und in den Konkurs getrieben. Weder US-Instanzen  
noch Schweizer Diplomaten gewähren ihm Rechtsschutz.  
Gesundheitlich angeschlagen und bankrott muss er am Ende das  
Land verlassen. Diese beedigte, wahre Erzählung pointiert die bizarre  
Rechtsunsicherheit für Ausländer in Amerika.

Harry Burger, «Im Schatten der US-Mafia» – 164 Seiten, [www.bod.de](http://www.bod.de) – ISBN 9783833436755



**Stadt Bern:** Der traditionelle **SD-Dienstags-Höck** findet  
weiterhin **an jedem letzten Dienstag des Monats um**  
**19.30 Uhr** statt. Alle Mitglieder und Freunde sind herzlich  
eingeladen, dort zu erscheinen und in geselligem Rahmen  
auch Anregungen für die politische Arbeit einzubringen.  
Neu findet dieser Höck nicht mehr im «Bären» Bümpliz,  
sondern **im Rest. Bahnhof-Süd in Bümpliz-Süd** statt, wo  
der Vorstand auch seine Sitzungen abhält. Sie finden dieses  
Restaurant wie folgt: Entweder mit der S-Bahn zum Bahn-  
hof Bümpliz-Süd (das Restaurant befindet sich unmittelbar  
beim Bahnhof). Oder mit dem Bümplizer Bus Nr. 13 bis  
Bushaltestelle «Bachmätteli», von dort 10 Gehminuten.

### Wahlen 2010

**Gemeindewahlen**  
**Stadt und Kanton**  
**Zürich:**

**7. März**

**Grossratswahlen**  
**Kanton Bern:**

**28. März**

 **Kanton Bern** 

## Edith Olibet (SP) soll zurücktreten

Der veröffentlichte Bericht der stadträtlichen Budget- und Aufsichtskommission BAK zeigt drei Dinge deutlich genug auf:

- Der städtische Finanzinspektor ist in seiner Arbeit behindert worden.
- Die Sozialdirektion und Gemeinderätin Olibet reagierten auf die Aufdeckung der gravierenden Mängel mit Abwehr, statt zu lernen und sich ans Aufräumen zu machen.
- Das Stossendste ist, dass ein ernste Missstände aufdeckender Revisionsbericht fünf Monate lang in eine Schublade weggeschlossen wurde! Dass dies geschah, um die Wiederwahl von Frau Olibet nicht zu gefährden, ist wohl offensichtlich.

Derart dubiose Machenschaften sind ein Armutszeugnis für unsere

Demokratie. Stets trieb die sozialdemokratische Gilde ihre parteipolitischen Spielchen und scherte sich einen Deut um das Öffentlichkeitsprinzip. Für die Schweizer Demokraten (SD) ist inzwischen nicht nur der Sozialhilfemissbrauch als solches ein Skandal, sondern die Unbelehrbarkeit und Rechthaberei von Gemeinderätin Olibet!

Deshalb fordern die Schweizer Demokraten den längst fälligen Rücktritt von Edith Olibet. Andernfalls ist das Sozialhilfeamt ihrer Direktion zu entziehen. Nur mit anderen Verantwortlichen können die nötigen Reformen in der Sozialhilfe angegangen werden.

*SD-Stadtsektion Bern  
Robert Meyer, Präsident, Stadtrat  
Adrian Pulver, Pressechef*

 **Kanton St. Gallen** 

## Erfolgreiche SD-Hauptversammlung

Ende April 2009 fand in Wil die 42. Hauptversammlung der SD Sektion St. Gallen statt. Präsident Roland Uhler begrüßte speziell den Gastreferenten Markus Borner, SD-Vize, aus Basel.

Mit einer Gedenkminute wurde der Verstorbenen, Hans Bösiger, Paul Hell und Werner Rüdistöhl, gedacht. In seinem Jahresbericht machte R. Uhler auch einen Rückblick über die diversen Wahlen, welche das verflossene Vereinsjahr prägten. Zudem wurden auch Unterschriftensammlungen mittels Standaktionen durchgeführt. Die Nationalratswahlen 2011 stehen bereits in Vorbereitung. Zudem werden die Statuten revidiert. Präsident Uhler machte uns Mut für zukünftige Aktivitäten.

Kassier Sam Nielsen stellte die

Jahresrechnung und das Budget vor. Trotz hohem Aufwand für die Wahlen verfügen wir noch über ein kleines finanzielles Polster. Der Vorstand wurde von den anwesenden Mitgliedern bestätigt. Als neuer Vizepräsident wurde Silvio Zanin gewählt. Es sollen in Zukunft einzelne Stammabende in Uznach, Wil und Bad-Ragaz durchgeführt werden.

Anschließend hielt unser Gastreferent, Markus Borner aus Basel, seinen Vortrag zum Thema: «Zukunft mit den Schweizer Demokraten!» Seine sowohl ernsthaften wie witzigen Ausführungen waren interessant und lehrreich.

Bei Speis und Trank liessen wir diese Hauptversammlung in geselliger Runde ausklingen.

*Thomas Fischer, Uzwil*

### SD Kanton St. Gallen: Veranstaltungskalender 2009

Alle Anlässe mit \* finden in einem Saal des Restaurants Hirschen an der Rorschacherstr. 109 in St. Gallen (St. Fiden) um 19.30 Uhr statt.

- |                 |   |
|-----------------|---|
| 1. August:      | Nationalfeier mit der SD Schweiz                                  |
| 26. August:     | *Stamm  |
| 30. September:  | *Stamm  |
| 28. Oktober:    | *Vortrag: E-Stoffe in unseren Lebensmitteln<br>«Gift oder Segen?» |
| 25. November    | *Stamm  |
| 16. Dezember    | *Weihnachtsstamm  |
| 4. Dezember     | Barbaratag (18.30 Uhr beim Waaghaus in St. Gallen)                |
| 27. Januar 2010 | *Fondue-Plausch   |

 **Kanton Zürich** 

## Drogen – energisch durchgreifen!

Auf dem Platzspitz nisten sich neuerdings wieder Drogenhändler ein. Die Polizei erklärte dazu kürzlich, «die Szene im Auge behalten zu wollen». Das reicht nicht! Mit einer verfehlten Politik von «Toleranz» und «Verhältnismässigkeit» gegenüber skrupellosen Dealern hat das Drogenelend gerade an die-

sem Ort schon einmal angefangen und seinen verheerenden Lauf genommen.

Der Parteivorstand der Schweizer Demokraten (SD) fordert den Stadtrat auf, Anfänge einer neuen offenen Drogenszene sofort mit polizeilichen Mitteln im Keim zu ersticken!

## Einbürgerungsdebatte im Ustermer Gemeinderat

**Persönliche Erklärung vom 24. Mai 2009  
von SD-Gemeinderat Werner Kessler**

*Werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren*

Das Boot Schweiz ist übervoll. Die Lebensqualität ist durch die unkontrollierte Zuwanderung und den zunehmenden Verlust an Sicherheit am Sinken. Dass unsere sieben Schläfer im Bundesrat auf Druck der EU zu feige sind, die Schutzklausel einzuführen, ist Verrat an Volk und Heimat.

Bereits heute ist die Schweiz das dichtest besiedelte Land Europas mit dem mit Abstand höchsten Ausländeranteil und der höchsten Ausländerkriminalität.

Das Land wird mit unglaublichem Tempo zubetoniert um Platz für die Zuwanderer zu schaffen und die Ghettoisierung nimmt ihren Lauf. Auch die Bodenpreise sind an bevorzugten Lagen stetig am Steigen, sodass es unseren Nachkommen bald unmöglich sein wird, Bauland zu erwerben.

Eine sofortige Regulierung der Zuwanderung muss dringend umgesetzt werden.

Um die Natur zu schützen, ist der Bürger bereit, Regulierungen zu treffen. Bei uns Menschen ist er wohl infolge Dummheit und dem Helfersyndrom dazu nicht im Stande.

Erst kürzlich wurden auf dem Greifensee und im Stadtpark die artfremden und zugeflogenen Rostgänse, gelinde ausgedrückt – «entfernt», weil sie einheimische Arten verdrängt und teils sogar getötet haben sollen.

Aber unsere Regierungsparteien und ihre Parlamentarier in Bern machen genau das Gegenteil, weder die flankierenden Massnahmen noch die Schutzklausel werden für eine Regulierung voll eingesetzt. Der Verdrängungskampf wird mit

der Zuwanderung aus den Oststaaten und Afrika unweigerlich zunehmen. Und selbst die deutsche Regierung musste nach 20 Jahren im Januar zugeben, dass die Integration der Türken gescheitert ist.

Auch unsere millionenteuren Integrationsprogramme haben nichts gebracht, weil diese anderslebenden Zuwanderer an einer Integration nicht interessiert sind, sondern höchstens ein Refugium für Ihresgleichen schaffen wollen, wie das Beispiel Deutschland zeigt.

Dass bei uns solche Leute auch noch eingebürgert werden, ist einfach unglaublich, denn schon heute zeigt sich, dass in dieser Rezession die Arbeitslosenquote bei diesen bildungsarmen Zuwanderern fünf Mal höher ist als bei Einheimischen.

Diesbezüglich werden bei uns die Sozial- und Gesundheitskosten weiter explodieren, und dies alles wird auf dem Buckel unserer Bevölkerung finanziert.

Wenn «Bern» nicht fähig ist, diesem unsäglichen Treiben ein Ende zu setzen, müssen wir in den Gemeinden einen Riegel schieben. In keinem anderen Land der Welt wird das Bürgerrecht so grobfahrlässig verscherbelt wie in der Schweiz.

Als Schweizer Demokrat bin ich nicht mehr bereit, weitere Einbürgerungen von Menschen aus uns artfremden Kulturen zu tolerieren, von Zugewanderten, die bei uns nicht vollständig integriert sind.

Abschliessend möchte ich nochmals darauf hinweisen, dass es in unserem Land kein Recht auf Einbürgerung gibt.

*Werner Kessler*

# Wir alle sind gerufen Volk Gottes zu sein!

**Die Juden haben keinen Absolutheitsanspruch!**

**Mein Aufsatz mit dem Titel «Die Israel-Lobby wird in der Schweiz aktiv!» hat zahlreiche Reaktionen ausgelöst – zustimmend-besorgte und – ablehnend-wütende!**

In unseren verschiedenen Aufsätzen der letzten Monate und Jahre zum Thema «Israel und seine Politik» haben wir keinen Zweifel an unserem Mitgefühl für die Leiden des jüdischen Volkes (insbesondere im 20. Jahrhundert!) aufkommen lassen.

Ebenso klar haben wir die Irrwege der Machtpolitik und verächtlichen Unterdrückung der einheimischen, palästinensischen Bevölkerung, wie auch die Überheblichkeiten der israelischen Führung verurteilt.

**Wer die Fakten aus dogmatischer Verblendung nicht zur Kenntnis nehmen will, dem ist kaum zu helfen.**

Immerhin ist zu betonen, dass die Gebote Gottes, wie sie insbesondere im Exodus Kapitel 20 festgehalten sind – für alle gelten, auch für die Juden! Dort steht u.a.:

- Morde nicht!
- Beraube niemand seiner Freiheit und seines Eigentums!
- Sage nichts Unwahres über deine Mitmenschen!

**Wenn mir mehrere Leser unterstellen, ich hätte die Bibel nicht gelesen, so antworte ich – ich habe sie gelesen, habe aber dabei das eigenen Denken nicht vergessen!**

Was sich Israel im jüngsten Gaza-Krieg gegen eine praktisch wehrlose, palästinensische Bevölkerung erlaubt hat, wird im soeben erschienenen Bericht des **Unabhängigen Untersuchungskomitees** festgehalten.

Einige Passagen aus diesem Bericht, der vom Südafrikaner **John Dugard** präsentiert wurde, seien hier zitiert:

*Die Ergebnisse all dieser Gespräche sind erschütternd und führen nochmals die Brutalität der israelischen Militäroperationen vor Augen. Unter den 1400 Menschen, die in den drei Wochen getötet wurden, waren 850 Zivilisten, darunter 300 Kinder und 110 Frauen, über 5000 wurden verletzt. Berichtet wurde auch von kaltblütigen Ermordungen durch israelische Soldaten, die dies selbst im «Oranium military college» bestätigt hatten. Dugard betont, dass Israel gegen internationale Bestimmungen weissen Phosphor in dicht besiedelten Gebieten eingesetzt hatte.*

*Die Zerstörungen, die dieser Überfall zurückgelassen hat, sind immens: Über 3000 Häuser und Wohnungen sind zerstört worden, 11 000 beschädigt. 215 Fabriken und 700 private Unternehmen, 15 Spitäler, 43 Gesundheitszentren, 28 Regierungsgebäude, 60 Polizeistationen wurden schwer beschädigt oder zerstört. Auch nahm Israel keine Rücksicht bei der*



«Kollateralschaden» nach israelischem Bombenangriff im Libanon 2007 – die unschuldige Bevölkerung leidet am meisten.

*Bombardierung von Gotteshäusern sowie Schulen. Über 53 Uno-Einrichtungen wurden getroffen.*

*Die Kommission spricht daher von einer «Unverhältnismässigkeit zwischen den Schäden, den Israel durch die Angriffe der Palästinenser erleiden mussten, und den Tötungen und Zerstörungen, die Israel in Gaza angerichtet hatte».*

**– Diese und noch weitere im Bericht dargelegte Fakten werden als Kriegsverbrechen bewertet, die von Israel begangen wurden. Alles in allem kommt die Kommission zum Schluss, dass von**

**Israel sowohl Verbrechen gegen die Menschheit als auch Kriegsverbrechen in verschiedenen Punkten begangen wurden.**

Erstaunlich ist, dass dieser Bericht, der am 3. Juni an der Uno in Genf vorgestellt wurde, in unseren Massenmedien kaum diskutiert wurde, ja der Leserschaft nicht einmal zur Kenntnis gebracht wurde. Offenbar wirkt die Israel-Lobby bereits höchst erfolgreich.

Valentin J. Oehen,  
e. Nationalrat, Köniz



## Kanton Aargau



### «Elterntaxis» einschränken!

**Motion Dragan Najman, Baden, vom 5. Mai 2009 zur Ergänzung des Schulgesetzes betr. Verbot, bzw. Einschränkung der sogenannten «Elterntaxis».**

**Text:** Von verschiedenen Seiten wird immer wieder beanstandet, dass Kinder von ihren Eltern mit dem Auto in die Schule gebracht und nach Schulschluss wieder nach Hause gefahren werden. Ich beantrage deshalb, das Schulgesetz mit einem Artikel zu ergänzen, der solche «Elterntaxis» verbietet, bzw. einschränkt. Ausnahmen von diesem Verbot können nur auf begründetes Gesuch hin gestattet werden, wobei diese Ausnahmen möglichst restriktiv gehandhabt werden sollen. Eltern sollen an die Schulbehörde (Rektorat oder

Schulpflege) ein entsprechendes schriftliches Gesuch stellen müssen. Die Ausnahmeerlaubnis hat selbstverständlich ebenfalls schriftlich zu erfolgen. Ich bitte den Regierungsrat, meine Motion zu übernehmen.

**Begründung:** Es gibt immer wieder Eltern, welche glauben, ihren Kindern einen Gefallen zu tun, wenn sie diese mit dem Auto zur Schule bringen, bzw. von dort abholen. Die meisten dieser Eltern sind sich wohl gar nicht bewusst, dass sie damit ihren Kindern überhaupt keinen Gefallen tun, ja gerade das Gegenteil bewirken:

– Die Kinder lernen nicht, selbstständig und verantwortungsvoll Strassen zu benützen oder eine

solche zu überqueren.

– Der Kontakt zu Schulkameraden auf dem Schulweg ist enorm wichtig. Es gibt sicher auch Fälle, in welchen Eltern befürchten (begründet oder unbegründet), ihre Kinder würden auf dem Schulweg schikaniert. Nach meiner Meinung lässt sich dies aber durch «Elterntaxis» nicht vermeiden; es bewirkt eher das Gegenteil: Es gibt mehr als genug Gelegenheiten, dass Kinder leider auch während der Schulzeit schikaniert werden. Auf dem Schulhof kann auch die beste Pausenaufsicht nicht jeden Winkel ständig überwachen. Dies weiss ich als ehemaliger Bezirksschullehrer aus eigener Erfahrung. Eine Lehrkraft stand jeweils auf dem Haupt-Pausenplatz; die andere patrouillierte

um die verschiedenen Gebäude.

– Auf dem Schulweg werden auch Freundschaften geschlossen oder vertieft; «Elterntaxi-Kinder» sind oder werden sicher viel eher Einzelgänger.

– Auch der viel zitierte Sozialkontakt geht durch «Elterntaxis» zwangsläufig verloren oder wird stark eingeschränkt.

– Um die Schulkinder gesundheitlich fit zu halten (Übergewichtsproblematik), ist von der Benützung von «Elterntaxis» abzusehen.

Zu meiner Bezirksschulzeit war sogar die Benützung des Velos nur denjenigen Schülern erlaubt, deren Schulweg zum Schulhaus mehr als 1,5 km betrug (und damals gab es pro Bezirk nur gerade eine Bezirksschule).

# Achtung Falschmünzer – SVP

Nun ist der Schuss draussen! Valentin Oehen hat es in der Juni-Ausgabe 2009 unserer Zeitung an den Tag gebracht: Israel hat jetzt in Form der «Parlamentarischen Gruppe Schweiz-Israel» eine Lobby unter der Bundeshauskuppel. Unter diesem angloamerikanischen Begriff versteht man eine Interessengruppe, die in der Lobby (Vestibül, Hotel-, Wandelhalle) versucht, die Entscheidung von Abgeordneten zu beeinflussen und diese ihrerseits unterstützt (Definition laut Duden – Das grosse Fremdwörterbuch). Gewiss, jedes Ratsmitglied darf sich als Privatperson für ein bestimmtes Land besonders interessieren und diesem als Mitglied eines entsprechenden Vereins seine Sympathie bezeugen, handle es sich nun um Israel, Palästina, Libanon, Tibet, Kuba, die USA, China, Indien, Peru, nur um einige zu nennen. Daran ist gewiss nichts anrühlich. Vor den Ereignissen in Osteuropa von 1989 gab es auch eine Gesellschaft Schweiz–UdSSR.

## Medienzensur

Die Sachlage ändert sich aber, wenn ein vereidigter Parlamentarier, der für die Interessen der Schweiz einzustehen hat, zusammen mit andern Ratsmitgliedern eine Lobbygruppe ins Leben ruft, deren Aufgabe darin besteht, für ein fremdes Land Imagepflege zu betreiben, wobei jegliche Kritik an diesem Staat, also Israel, im Keim erstickt werden soll. Unter Bezugnahme auf biblische Floskeln versucht der Initiant, der Berner EDU-Nationalrat Christian Waber, jüdischen Rassismus und Auserwähltheitsanspruch zu rechtfertigen. (Vgl. Altes Testament: Ezra 10, 10–12 und Nehemia 13, 23–29) Wenn die Juden wirklich das auserwählte Volk Gottes sind, was sind dann in ihren Augen die Gojim (Nichtjuden)? Etwa nur ein mieses Stück Sch..., das bis in alle Ewigkeit Asche auf das Haupt zu streuen und Abbitte zu leisten hat? Will diese Lobby eine Medienzensur einführen, Bibliotheken, Buchhandlungen und Kioske von missliebiger Literatur säubern und eine Neuauflage des «Index librorum prohibitorum» (Verzeichnis der von der kath. Kirche verbotenen Bücher, aufgehoben während des 2. Vatikanischen Konzils) ins Auge fassen? Die israelkritischen jüdischen Autoren Noam Chomsky («Offene Wunde Nahost», «Keine Chance für Frieden»), Norman G. Finkelstein («Die Holocaust-Industrie», «Antisemitismus als politi-

sche Waffe: Israel, Amerika und der Missbrauch der Geschichte»), Israel Shahak («Jüdische Geschichte, Jüdische Religion: Der Einfluss von 3000 Jahren», «Le racisme de l'Etat d'Israël: Nicht-Juden in einem jüdischen Staat – eine Dokumentation») hätten die Ehre, dort aufgelistet zu werden. Dazu käme noch der Schriftsteller und Journalist jüdischer Abstammung Arthur Koestler (\*Budapest 1905, †London 1983), Autor von «Der dreizehnte Stamm. Das Reich der Khasaren und sein Erbe». In deutscher Sprache wird dieses Buch höchstens noch antiquarisch aufzutreiben sein. Hingegen gibt es eine französische Taschenbuch-Ausgabe unter dem Titel «La treizième Tribu», Presses Pocket Nr. 2546, Editions Calmann-Lévy, Paris. Die Chasaren, ein heidnisches Nomadenvolk, möglicherweise Nachkommen der Hunnen, lebten in der Gegend zwischen dem Schwarzen und dem Kaspischen Meer nördlich des Kaukasus. Aus taktischen Gründen bekehrten sie sich weder zum Christentum noch zum Islam, sondern zum Judentum. Diese grosse, in der Geschichte einmalige Konversion fand im 8. Jh., etwa um 740, statt. Aus den Chasarenabkömmlingen entwickelte sich das osteuropäische aschkenasische Judentum, welches mit den Nachkommen der im vorderen Orient zu biblischen Zeiten lebenden Israeliten ausser der Religion nichts Gemeinsames hat. Handelt es sich bei der Einwanderung russischer, polnischer und anderer Aschkenasim nach Israel um eine Rückkehr ins «Land der Väter»? Vielleicht weiss die frisch gebackene Lobby auf diese ketzerische Frage eine Antwort.

## SVP ruhig gestellt

Wie dem auch sei, sicher ist, dass in der ach so freien Schweiz die Unterdrückung der Meinungsäusserungsfreiheit weiter zunehmen und die Antirassismus-Strafnorm (Art. 261bis StGB), zu der auch Christoph Blocher für die denkwürdige Abstimmung vom 25. September 1994 zuhänden der SVP und der AUNS die Ja-Parole herausgegeben hatte, noch verschärft werden wird. Am 14. Dezember 2003 erschien in der «NZZ am Sonntag» ein Bericht des inzwischen verstorbenen Dr. Sigi Feigel, Rechtsanwalt und Ehrenpräsident der israelitischen Cultusgemeinde Zürich, wie dieser bei einem Lunch Blocher in Bezug auf dieses Maulkorbgesetz ruhig stellen und zur

Annahme der Vorlage überzeugen konnte.

Die Fortsetzung der Geschichte dürfte den Lesern bekannt sein. Seit der Inkraftsetzung dieses Artikels im Januar 1995 bezeichnete Blocher diesen verschiedene Male als schlechtes Gesetz, unternahm aber weder vor noch nach seiner Amtszeit als Bundesrat nur das Geringste mit dem Ziel, diese Strafnorm aufzuheben. Als die Schweizer Demokraten zusammen mit der Lega dei Ticinesi in dieser Sache aktiv wurden und eine Initiative lancierten, wurden sie von den gerne vaterländische Sprüche



klopfenden Funktionären der SVP und der AUNS schändlich im Stich gelassen. Im Alleingang vermochten SD und Lega die 100 000 Unterschriften, die für eine Volksabstimmung nötig gewesen wären, nicht zu sammeln.

## Juden ohne Sympathie für Minarett-Verbote

Wenn es aber um ihre eigenen Belange geht, ersucht die SVP die Schweizer Demokraten gerne um Hilfe. Ein Beispiel dafür ist die Unterschriftensammlung für die Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten. Dem aus 16 Personen zusammengesetzten Initiativkomitee gehören 14 Exponenten der SVP und zwei Mitglieder der EDU an, unter anderem NR Ulrich Schlüer (SVP ZH), NR Walter Wobmann (SVP SO), NR Oskar Freysinger (SVP VS), NR Jasmin Hutter (SVP SG) und NR Christian Waber (EDU BE). Die letzteren vier Personen sind auch Mitglied der «Parlamentarischen Gruppe Schweiz-Israel». Wer glaubt, mit dieser personellen Verflechtung liesse sich die Sympathie der schweizerischen Judenheit gewinnen, sieht sich bitter enttäuscht, denn der Schweizerische Israelitische Gemeindebund SIG und die Plattform der Liberalen Juden der Schweiz PLJS lehnen die Initiative ab, da sie gegen die in der Verfassung verankerte Religionsfreiheit verstosse. Die in

der Schweiz garantierte freie Ausübung des Glaubens bedeute auch, dass die den Glaubensgemeinschaften entsprechenden Gotteshäuser im Rahmen der geltenden Baugesetze errichtet werden können. Ein Verbot von Minaretten würde das geltende Recht zuungunsten einer Glaubensgemeinschaft aushebeln!

Ob es uns in den Kram passt oder nicht, die Objektivität dieser Argumente kann nicht bestritten werden. Und ausserdem richtet sich die Initiative nur gegen das Minarett, ein optisches Zeichen der islamischen Einflussnahme, und nicht gegen den Islam als solchen – noch gegen die ständige Zunahme der mohammedanischen Präsenz in unseren Gefilden dank unaufhörlicher Zuwanderung aus muslimischen Staaten. Dagegen unternimmt die SVP rein nichts, um ihren dominierenden Wirtschaftsflügel, der stets nach billigen und willigen Arbeitskulis lechzt, nicht vor den Kopf zu stossen. Die Kampfansage an die Minarette ist blosser Schaumschlägerei und Effekthascherei. Vom SVP-Vorstand mischen folgende Mitglieder bei der Parlamentarischen Gruppe Schweiz-Israel mit: NR Toni Brunner (SG), Präsident; NR Adrian Amstutz (BE), Vizepräsident; NR Jasmin Hutter (SG), Vizepräsidentin; NR Yvan Perrin (NE); Vizepräsident. Vom Vorstand der AUNS sitzen in der Israel-Lobby: NR Pirmin Schwander (SZ), Präsident, und NR Oskar Freysinger (VS), Mitglied.

Ende August dieses Jahres wird Christian Waber als Nationalrat zurücktreten und das Präsidium der Parlamentarischen Gruppe Schweiz-Israel an NR Theophil Pfister (SVP/SG) übergeben. Dass selbst ein amtierender Bundesrat, VBS-Chef Ueli Maurer, dort Einsitz nehmen kann, sollte jedermann stutzig machen. Hier bahnt sich etwas an, was nichts Gutes verheisst. Weder die SVP noch die AUNS sind wahre Kampfgefährten, noch sind die Schweizer Demokraten deren Steigbügelhalter! *Max Morf*

## Aufgepasst!

Der «Schweizer Demokrat» gehört nach dem Lesen nicht ins Altpapier. Bitte die Zeitung an Freunde und Bekannte weitergeben oder an einem belebten Ort (Restaurant, Wartsaal, usw.) mit dem Zeitungsnamen nach oben liegen lassen... für den nächsten interessierten Leser!

# Ein Nein zur rechten Zeit...

erspart viel Widerwärtigkeit!

**Dieses alte Sprichwort ist mir in den Sinn gekommen, als ich den Kommentar zum Bericht der AIJ (Interjurassische Versammlung) las.**

Erinnern wir uns, ab 1964, als die Béliers bei Les Rangier die Feier zum Gedenken an die Kriegsmobilmachung von 1914 brutal störten (Bundesrat Chaudet wurde mit einer Dachlatte auf den Kopf geschlagen; ein alter Wehrmann starb an Herzversagen aus Erregung über die Pöbeleien der Béliers) schufen die Separatisten während Jahren ein Spannungsklima, das z.T. bürgerkriegsähnliche Ausmasse annahm. Als Stichworte seien der Tod von Aspirant Rudolf Flükiger aus Jegenstorf, der Mord an Polizeikorporal Heusler und der geheimnisvolle Tod von Alfred Amez, Gastwirt in Granfontaine, sowie die zahlreichen, «unerklärlichen» Scheunenbrände berntreuer Bauern in Erinnerung gerufen. Zu denken ist auch an die Verhinderung der Zutritte zu den Ferienhäusern von Deutschschweizer Besitzern in den Freibergen. Geschichte inszenierte Provokationen wie das Zumauern der Eingangspforte des Berner Rathauses oder das «Ausgiessen» von Tramschienen mit flüssigem Asphalt in der Stadt Bern in Nacht- und Nebelaktionen, hielten die Spannungen über Jahre aufrecht. Spannungen, die nach 1947 begannen und das Schlagwort der «Jurafrage» begründeten und damit die Diskussionen über eine Kantonsgründung zur Lösung der so genannten «Jurafrage» eigentlich anheizten.

## Die «Jurafrage» – ein politisches Konstrukt!

Das Gebiet des heutigen Kantons Jura wurde 1815 vom Wiener Kongress dem Kanton Bern zugeschlagen. Während 150 Jahren entwickelte sich ein immer engeres Gemeinschaftsgefühl zwischen den deutschsprachigen Alt-Bernern und den französischsprachigen Jurassiern. Zur Harmonie zwischen den beiden Kulturen trug wesentlich auch die Grenzbesetzung 1914 bis 1918 bei. Das Lied von der Gilberte de Courgenay ist Ausdruck dieser engen Verbindung.

Recht zahlreich und ausgeglichen war auch die lebhafteste Wanderungsbewegung Deutschschweiz-Jura, resp. Jura-Deutschschweiz. Zahlreiche Familiennamen mit Herkunft aus der deutschen Schweiz

sind im Jura anzutreffen und umgekehrt.

**Wenn behauptet wird, das Zusammenleben zwischen den grossmehrheitlich protestantischen, deutschsprachigen Bernern und den meist katholischen, französischsprachigen Jurassiern, sei schwierig gewesen und habe deshalb zu Spannungen geführt, so ist das schlicht eine Geschichtslüge! Der Autor dieses Aufsatzes hat selbst einige Zeit im Nordjura gelebt und konnte sich von den völlig normalen Beziehungen zwischen den Angehörigen der beiden Volksgruppen überzeugen.**

Tatsache ist, dass ein Nachsteuer-Skandal eines jurassischen Kleinindustriellen diesen zur Rache am (de facto sicher unschuldigen) Kanton Bern motivierte. Er engagierte dann den «Berufsprovokateur» Roland Béguelin, um das Feuer zu entfachen. Dieser nutzte geschickt die kulturell-religiösen Differenzen, um die emotionalen Spannungen hochzufahren. Für die angebliche Unterdrückung des jurassischen Volksteils im Kanton Bern wurden Wahlentscheide des Grossen Rates herbeigezogen, die nicht nach dem Wunsch der jurassischen Deputation ausgefallen waren. Ein Faktum, das aber in der Politik immer wieder zu akzeptieren ist.



*Ein Verstoss gegen Treu und Glauben – In der Jura-Frage soll erneut das Volk entscheiden.*

Da die Berner Bevölkerung die Nase voll hatte ob der andauernden Provokationen der jurassischen Separatisten, kam es zu den Kaskaden-Abstimmungen. Jeder Amtsbezirk und jede Grenzgemeinde konnte definitiv bestimmen, ob sie zu einem neuen Kanton Jura gehören oder beim Kanton Bern bleiben wollte. So kam es zum heutigen Kanton Jura mit Delémont als Hauptort mit zirka 11 500 Einwohnern, einer totalen Fläche von 838 km<sup>2</sup> und rund 70 000 Einwohnern.

## Einige Zahlen zum Nachdenken:

	1850	1950	1970	2000
<b>Einwohner</b>	44 921	59 554	67 325	68 224
Anteil an der Gesamtbevölkerung der Schweiz	1,9%	1,3%	1,1%	0,9%
<b>Muttersprache</b>				
Französisch	nahe 100%	50 517	55 285	61 376
Deutsch	–	8 105	5 723	3 001
Italienisch	–	866	4 506	1 210
<b>Konfession</b>				
Katholisch	43 810	48 578	56 476	51 092
Protestantisch	1 010	10 453	10 284	8 513

## Die eidgenössische Abstimmung von 1978 und die Rolle von Bundesrat Furgler

Im September 1977 hiessen die eidg. Räte die jurassische Verfassung gut, **mit Ausnahme des Art. 138, der die Möglichkeit vorsah, den ganzen oder einen Teil des bernisch gebliebenen Juras – unter dem Vorbehalt einer gesetzeskonformen Ablösung – dem neuen Kanton anzugliedern.**

Am 24.9.1978 ratifizierten das Schweizer Volk (72 % Ja) und alle Stände die Schaffung des Kantons Jura, indem sie einer diesbezüglichen Änderung der Bundesverfassung zustimmten.

Damit begann am 1.1.1979 für den Kanton Jura die Souveränität als 23. Teilstaat der Eidgenossenschaft. Im Abstimmungskampf engagierte sich m.W. einzig die Nationale Aktion geschlossen gegen die Schaffung dieses neuen Kantons. Die Ablehnung stütze sich auf zwei Fakten und zwei Prognosen:

### Die Fakten:

- Es ist grundsätzlich falsch, einer Bewegung zum Erfolg zu verhelfen, die mit illegalen Mitteln, ja terroristischen Aktionen, ihr Ziel anstrebt.
- Im Zeitalter der verbesserten Verkehrs- und Kommunikationstechnologien und beim allgemeinen Trend zur Konzentration aus Kostengründen ist es widersinnig, bestehende, funktionierende Verwaltungseinheiten aufzusplitteln.

### Die Prognosen:

- Die so sehr ersehnte innere Ruhe wird es nicht geben. Jene, die mit ihrer Provokationspolitik Erfolg hatten, werden aus dem relativ sicheren Reduit des eigenen Kantons erneut Unruhe und Un-

frieden stiften, um weiter gesteckte Ziele zu erreichen.

Dass diese Prognose richtig war und ist, beweisen zahlreiche schwere, kriminelle Taten, insbesondere

- der Diebstahl des Unspunnensteins 1984;
- die Erstürmung des Grossrats-saales während einer Sitzung des Rates 1986;
- die Zerstörung des Soldaten-Denkmal von Les Rangiers 1990;
- Sprengstoff-Anschläge und entsprechende Vorbereitungen 1993;
- der Diebstahl des Daches über dem Zentrumsstein der Schweiz in Sachseln 2009;
- die soeben bekannt gewordenen Vorstellungen und Forderungen des AIJ. Dabei wird der oben erwähnte Entscheid der eidg. Räte zum Artikel 138 der seinerzeitigen Verfassung des Kantons völlig missachtet.

Der Berner Jura war wirtschaftlich stets schwach und benötigte kontinuierlich finanzielle Hilfe aus dem deutschsprachigen Kantonsteil. Die Voraussage, dass mit dem Kanton Jura ein weiterer finanzschwacher Kanton entstehen würde, ist inzwischen unbestreitbare Tatsache geworden.

**Bundesrat Furgler engagierte sich damals offen für einen neuen Kanton; angeblich aus übergeordneten staatspolitischen Gründen. Er honorierte Béguelin und tat als Vorsteher des EJPD rein nichts gegen die andauernden Verletzungen des Landesfriedens durch die Separatisten.**

Dabei ging es ihm offensichtlich um rein parteipolitische Überlegungen, nämlich um

- den Gewinn eines weiteren CVP-Ständerates;
- eine weitere Ständesstimme in



## Hommage à Mary Meissner

Madame Mary-Charlotte Meissner eut un destin hors du commun. Née Charlotte Morel, en Lorraine, le 23 mars 1918, elle fit ses études à Lausanne. Après un premier mariage au Tessin, elle épousa le comte polonais Andrzej lubicz Meissner, devenant la comtesse lubicz Meissnerowa, titre non reconnu par le régime de l'après-guerre. Elle passa 10 ans en Pologne, de 1947 à 1957, dans des circonstances aussi difficiles que mouvementées; elle trouva, malgré ses activités de subsistance, le temps d'étudier les Beaux-Arts à Varsovie. De retour en Suisse, elle s'installa, vers 1960, à Genève, où elle résida jusqu'à sa mort, le 9 avril 2009. Elle travailla pour plusieurs compagnies d'aviation, ainsi que dans le domaine d'un tourisme culturel. Les nombreux pays parcourus, sa connaissance profonde de la vie en régime prétendument communis-

te, furent autant d'expériences précieuses qui firent de cette femme aux talents multiples, par la suite, une journaliste éminemment cré-  
dible.



Mary Meissner, Vernier

On ne saurait évoquer la mémoire de Mary Meissner sans faire allusion à ses œuvres picturales, où se manifeste admirablement sa grande sensibilité pour la représentation animale et littéraires (prose: *L'utopie écarlate*, *Le Liban ne finit pas de mourir*, *Les tarots du destin*, et poésie: *Vertiges nocturnes*), ce qui lui valut des distinctions aux concours d'Art et Lettres de France. Elle s'engagea dans l'Action Nationale, dont elle fut présidente de la section genevoise,

devint députée au Grand Conseil en 1970. Elle rédigea des articles pour le journal «Peuple et Patrie» et participa à des débats à la radio et à la télévision.

Puis elle quitta la présidence de la section, devint rédactrice de la partie en langue française du journal des DS jusqu'à la fin de sa vie, écrivit des articles dans d'autres revues et journaux: parmi ceux-ci, le journal de notre estimé Franz Weber.

Un de ses grands mérites est d'avoir fait connaître les dessous de la politique internationale et les agissements des forces occultes, ce qui transparaît, entre autres, remarquablement dans son ouvrage «L'utopie écarlate». Très documentée, elle pourfendit les manigances inavouables des organisations internationales, dont celles de l'ONU. Ainsi fut-elle la première, en Suisse, à dénoncer le scandale de l'action «pétrole contre médicaments» menée par l'ONU, suite à la première guerre d'Irak, ce qui permit, entre autres, aux fonctionnaires de ce cancer international, de se remplir les poches sur le dos des enfants à qui l'on destinait les médicaments.

Mary Meissner aimait dire que sa plume lui tenait lieu d'épée avec laquelle elle menait ses combats. Son dernier fut celui contre l'acceptation des «déchets napolitains»: l'on se souvient que, sur proposition d'un conseiller d'Etat genevois appartenant au parti soi-disant «écologiste», la République de Genève devait accepter, «par solidarité», une partie des déchets napolitains! Devant la protestation, le gouvernement renonça au projet.

Rappelons enfin qu'elle n'hésita pas à se porter candidate au Conseil national lors des dernières élections fédérales sur la liste de l'Action Nationale des Démocrates Suisses du canton de Vaud.

Elle venait de franchir le cap de son 91ème anniversaire et avait encore intact ce dynamisme intellectuel, cette lucidité, cette absolue probité, qui lui conféraient une classe digne de son titre de noblesse.

Les Démocrates Suisses lui rendirent un vibrant hommage lors de la dernière Assemblée générale.

Mary Meissner restera pour nous un exemple.

Michel Dupont

## Action anti dealers à Genève, pour une brigade canine renforcée et omniprésente, c'est maintenant!

Le GRAND CONSEIL de la République et canton de Genève considérant:

- Que les dealers de drogue à Genève sévissent en quasi impunité dans certains lieux ou quartiers.
- Que la France a durci le dispositif pénal en matière de petite délinquance, donnant comme résultat que ce fléau s'installe sur Genève où les mesures répressives sont plus « légères ».
- Que les jours / amendes infligés n'ont aucun effet dissuasif, les condamnés n'ayant pas les moyens de les payer.
- Que certains lieux où quartiers sont vérolés par cette délinquance, notamment des dealers de drogue.
- Que les délinquants ne sont plus inquiétés par la présence sporadique des gendarmes.
- Que pour endiguer le trafic de drogue il faut une présence quasi permanente de la police.
- Que les trafiquants de rues

cachent leurs stupéfiants à proximité des lieux de transactions, notamment dans les buissons, dans les poubelles, etc...

### invite le Conseil d'Etat

- A donner les moyens nécessaires à la Police cantonale pour renforcer la brigade canine afin de patrouiller (un homme, un chien) de manière soutenue dans les zones de transactions de drogue.

### Exposé des motifs

Il faut endiguer le commerce de la drogue dans les rues de Genève. Pour ce faire nous avons assisté à quelques actions d'envergure de la Police, notamment aux Pâquis. Les actions menées et il faut les saluer, ont en effet positif à court terme dans le «nettoyage» où s'évissent les trafiquants de stupéfiants et autres criminels de rue.

En revanche, il apparaît, dès la fin des opérations, que les dealers et



autres malfrats reprennent possession de la rue!

Il faut par conséquent effectuer de manière soutenue des descentes de police dans ces lieux à risques. Ce qui sur le long terme n'est pas possible, puisque la police est en sous-effectif.

Il existe cependant une autre solution, bien moins gourmande en hommes, et tout aussi efficace. Il suffit d'augmenter les unités et le personnel de la brigade canine et de relever le nombre des chiens dressés à trouver des stupéfiants. L'effet dissuasif des chiens policiers a été clairement démontré.

De plus, leur flair ne laisse rien passer, lorsque les dealers cachent leur drogue à proximité des lieux de transactions.

Raisons pour lesquelles, nous vous demandons de soutenir la présente motion.

Eric Stauffer,  
président MCG, Genève

 **Fête nationale du 1<sup>er</sup> août avec les Démocrates Suisses à Wettingen/AG**  
(voir page 5)

**Ein Nein zur rechten Zeit**

Fortsetzung von Seite 12

zahlreichen Fällen, wo die CVP sich mit den Linken verbündet. Da dieses Ziel erreicht wurde, jubelte man die Schaffung eines neuen Kleinkantons zu einem staatspolitisch weisen Akt hoch!

**Der Jura absorbiert Kräfte**

schrrieb Stefan von Bergen soeben in einem Kommentar in der «Berliner Zeitung». Daraus sei hier ein Abschnitt zitiert:

*Weil die Assemblée interjurassienne Anfang Mai ihren Bericht über die politische Zukunft des Jura präsentiert hat, beschäftigt sich der Kanton Bern wieder einmal mit der Zukunft seiner 51 000 Bernjurassier statt mit der Zukunft aller 900 000 Berner, die von der Wirtschaftskraft und Konkurrenzfähigkeit des urbanen Mittellandes leben. Der Kanton Bern läuft Gefahr, Kräfte auf dem Ne-*

*benschauplatz im Jura zu verschwenden.*

*Der 1979 entstandene Kanton Jura kämpft ums Überleben und versucht, den potenten Berner Jura für eine Hilfsgemeinschaft zu gewinnen. Damit muss sich der Kanton Bern mit alten Grenzstreitigkeiten herumschlagen.*

**Man erinnere sich, im September 1977 lehnten die Eidgenössischen Räte den bereits zitierten Art. 138 der jurassischen Verfassung ab. Wenn jetzt die ALJ wieder mit dem Vorschlag kommt, die südjurassischen Bezirke dem Kanton Bern wegzunehmen und dem Kanton Jura einzuverleiben, so ist das ein Verstoß gegen Treu und Glauben und entschieden und scharf abzulehnen.**

**Damit kommen wir zurück zum Titel: Das Nein zur rechten Zeit wurde 1977 verpasst.**

**Hoffentlich wird es jetzt nachgeholt!**

Hans Spitz, Köniz

**Mit dem Tomahawk gegen die deutsche Peitsche**

Fast täglich schwingt Peer Steinbrück die Peitsche gegen uns Indianer. Was das Bankgeheimnis betrifft, haben wir zwar das Zinsbesteuerungsabkommen mit der EU und mit Deutschland das Doppelbesteuerungsabkommen. Dies interessiert Steinbrück nach seinen Aussagen nicht. Er erklärt de facto beide Abkommen als ungültig und ist damit vertragsbrüchig. Unser schwächerer Bundesrat spielt ihm auf eine Art in die Hände, wie es sich Steinbrück noch vor einem Monat nie hätte träumen lassen. Der rabiate Minister droht uns nun unverhohlen mit einem Handelskrieg. Bundespräsident Merz hat nicht erkannt, dass Gegenangriff die beste Verteidigung ist. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre der folgende Brief:

*Sehr geehrter**Herr Minister Steinbrück*

Als Folge Ihrer Attacken werden wir die neuen Kampfflugzeuge nicht in Ihrem Land kaufen. Zwar

sind die drei Squaws im Bundesrat für die Beschaffung deutscher Flugzeuge. Micheline vom EDA wäre sogar bereit gewesen, den doppelten Kaufpreis zu bezahlen. Dafür hätten Sie mit ihr – gemeinsam in die Kameras lächelnd – die Friedenspfeife rauchen und Blutsbrüderschaft machen müssen. Aber Häuptling Ueli, Chef unseres VBS, hat sich mit seiner Meinung durchgesetzt. Er würde eher unsere Krieger nur mit Tomahawk und Pfeilbogen bewaffnet in den Kampf schicken, als Flugzeuge von jemandem kaufen, der gegen uns Rothäute das Kriegsbeil ausgegraben hat. Ferner will unsere SBB 59 Neigezüge zum Preis von 2,1 Mrd. Franken beschaffen. Die Ausschreibungsunterlagen, geschweige denn einen Auftrag, erhält Ihr Land nur bei zukünftigem Wohlverhalten, darauf wette ich meinen Skalp. Howgh, ich habe gesprochen! Hans Rudolf, Ober-Häuptling, vom Stamm der Helvetier.

Otto Weiersmüller, Uetikon

**Ausbildung verpasst**

In den vergangenen Wochen wurden wir in den Medien immer wieder mit der Aussage konfrontiert, dass in der Schweiz zu wenig qualifizierte Fachleute zu finden sind und diese müssten im Ausland gesucht und rekrutiert werden. Ich fragte mich schon, um was für Fachleute es sich da wohl handelt? Nun konnte ich es im «Cash» vom Montag, 9. Februar, lesen, da liessen die Wirtschaftsrosse die Katze aus dem Sack. Es fehlen angeblich spezialisierte Mitarbeiter wie Chemiker, Ingenieure, Vermessungstechniker, Geomatiker. All diese Spezialisten seien in der Schweiz nicht zu finden, verkündet Hans Grunder. Ob nun diese Spezialisten in Bulgarien oder Rumänien zu finden sind, bezweifle ich. Wenn ein Mangel an solchen Leuten besteht, haben genau diese Unternehmer von Economiesuisse es verpasst, solche Spezialisten

auszubilden. Vor lauter «Aufwärtstrend» und Geldgier wurde also der Anschluss verpasst. Bis heute hat noch niemand gesagt, dass es zu wenig Handwerker gibt. Im Gegenteil, diese wurden in den goldenen Jahren von der Industrie abgeworben. Die Gewerbe- und Handwerksbetriebe machten ihre Hausaufgaben und bildeten Lehrlinge aus, was anscheinend Grossunternehmen zum Teil «vergessen» haben.

Die grossen und mächtigen Bosse können somit den Vorwurf des Versäumten nicht von sich weisen. Sie haben in den vergangenen Jahren viel profitiert und der Geldsegen floss nur so, aber für Ausbildung reichte es anscheinend nicht. Es wäre somit angezeigt, eine Korrektur anzubringen um so die Ausbildungsziele umzusetzen!

Marcel Stutz, SD-Gemeinderat, Winterthur

**UBS-Milliardenbonis ungerechtfertigt**

Der Bund – das sind auch wir Steuerzahler – hat der wirtschaftlich angeschlagenen Grossbank UBS Milliarden von Franken zu ihrer «Rettung» zugeschanzt, damit sie mit diesem Geldsegen über die Runden kommt. Nun muss ich zur Kenntnis nehmen, dass das ehemalige Banken-Aushängeschild zwei Milliarden Boni an Manager und Angestellte verteilt. Wenn ich, wie dies die UBS in der Vergangenheit getan hat – und scheinbar auch in Zukunft tun wird – so viele Fehler bei meiner Arbeit gemacht hätte, wäre ich meinen Job schon

längstens los. Eine absolute Frechheit finde ich es, dass die Bankenaufsicht diese für mich ungerechtfertigten Boni noch gutheisst. Nicht nur für mich, sondern auch für alle Steuerzahler ist ein solches Gebaren unverantwortlich und ein Affront. Wer bezahlt schon gern Steuern, wenn man mit ansehen muss, wie hart erarbeitete Finanzmittel praktisch verschenkt werden. Es darf nicht sein, dass die Banker noch mehr mit Steuergeldern versorgt werden.

Thomas Reiniger, Wegenstetten

**Das Minarett als Zankapfel**

Warum wird so wenig über die schleichende Islamisierung Westeuropas – besonders über die Schweiz geschrieben? Material gibt es genug, man muss nur die Augen offen halten! So gibt es nicht nur Politiker, die auf einem Auge blind sind, manche sind es auch auf beiden. Dabei kann man den Muslimen nicht vorwerfen, sie hätten uns über ihre Absichten im Unklaren gelassen. So hat der Imam von Izmir bereits 1999 erklärt: «Dank eurer Gesetze im Westen werden wir euch beherrschen. Die Europäer glauben, dass die Muslime zum Geldverdien nach Europa gekommen sind.»



Allah hat einen anderen Plan. Dabei kann man den Muslimen nicht böse sein, denn sie tun nichts anderes, als dem Vorbild des Propheten nachzueifern: Ich wurde angewiesen, die Menschen zu bekämpfen, bis sie bezeugen, dass nur Mohammed der Gesandte Gottes ist. Sie unterstehen dann einzig dem Gesetz des Islams und Gott wird sie richten.

Hans Jörg Fischer, e. Kantonsrat ZH, Forch

## Hütet euch vor Bern!

Wie wäre es, wenn Milliardengschenke ins Ausland unterblieben und das Geld in IV und AHV gesteckt würde? Wer hat ein Interesse, die Schweiz zu schädigen und wer profitiert von solchen Machenschaften? Es hat mal geheissen, «hütet euch am Morgarten». Mir

scheint, heute müsste es heissen, hütet euch vor «Bern»!

Kann man mir verargen, wenn ich glaube, dass heute in «Bern» nur die Interessen des internationalen Kapitals wahrgenommen werden?

*Waldemar Greber,  
Acquarossa*

## G-20 und IWF: Woher das viele Geld?

Schon 1927 – vor dem grossen Crash – prangerte der ehemalige Chef der Bank von England, Sir Josiah Stamp, das bis heute herrschende Finanzsystem mit folgenden Worten an:

«Das moderne Banksystem stellt Geld aus nichts her. Dieser Prozess ist vielleicht der erstaunlichste Taschenspielertrick, der jemals erfunden wurde. (...) Die Bankiers besitzen die Erde. Wenn Sie ihnen diese wegnehmen, ihnen aber die Macht zur Geldschöpfung lassen, dann werden sie mit einem Federstrich genug Geld schöpfen, um die Erde wieder zurückzukaufen.» 1913 wurde die Geldausgabe für den Dollar dem privaten Banksystem «Federal Reserve System» (Fed) genannt, übertragen. Später wurde die Golddeckung aufgehoben, so dass unbeschränkt Geld geschöpft werden kann. Amerikaner warnten. Thomas Jefferson sagte:

«Sollte das amerikanische Volk zulassen, dass die Banken die Währungsausgabe kontrollieren, werden seine Kinder erst durch die Inflation, dann durch Deflation allen Besitzes beraubt.»

Prof. Dr. Eberhard Hamer, Mittelstandsinstitut, Hannover, schreibt im Kapitel «Der Welt-Geldbetrug» in seinem Buch «Wie kann der Mittelstand die Globalisierung bestehen?», dass das Geld vermehrt und so entwertet werde bis alle Sachwerte der Welt aufgekauft und monopolisiert worden seien. Dann werde eine Währungsreform (mit Geldentwertung) und Deckung mit Gold erzwungen, das günstig aufgekauft worden ist und teuer an die Zentralbanken verkauft werden wird. Wann werden die Interessierten die riesige Blase der gewährten Kredite, welche verzinst werden müssen, platzen lassen?

*Emil Rahm, Hallau*

## Reaktion auf den Artikel «Schweiz übervölkert sich zu Tode»

(Nr. 4/5 2009) Ich gratuliere Dr. J.J. Hegg zu seinem ausgezeichneten Beitrag. Er nennt zuerst die Fakten: Eine offizielle Zunahme um 106 700 Personen im 2008, ohne die «Sans-papiers». Er schildert all die Nachteile und Probleme der Überbevölkerung und zeigt auf, was politisch zu tun wäre. Er weist auch hin auf ein Kernproblem: «Der freie Personenverkehr ist die hauptsächlichste Fehlkonstruktion des zeitgenössischen Europa.» Wir müssen eine Mehrheit für eine Beschränkung der Einwanderung gewinnen –, das ist die Hauptaufgabe.

Aber gerade weil das die vordringlichste Aufgabe ist, sollten alle Kräfte, die das wollen – und zwar egal aus welchen Motiven und Parteien – zusammenspannen. Deshalb finde ich es schade, lieber Herr Hegg, dass Sie in diesem sonst vorzüglichen Aufsatz gegen die SVP polemisieren, gegen die einzige Grosspartei, die uns in diesem Kampf hilft. Wir wissen doch, dass die grosse Mehrheit der SVP-

Basis und ihrer Exponenten mit uns für die Beschränkung der Einwanderung ist – wenn auch aus zum Teil anderen Motiven, wie Sie richtig feststellen. Die meisten Vertreter der übrigen Parteien haben Angst, gegen die Masseneinwanderung anzutreten, weil sie befürchten, dann von unseren linken Medien (Radio und Fernsehen) sofort als Fremdenfeinde, Rassisten, Rechtsextreme und dergleichen beschimpft zu werden – was im Grunde eine verunglimpfende Gemeinheit ist, dem Herrn Walpen und unsere Regierung tatenlos zuzuschauen.

Der aufrüttelnde Aufsatz von J.J. Hegg müsste – ohne den Abschnitt über die SVP – in den grossen Tageszeitungen erscheinen und tausendfach an den Schulen aller Stufen verteilt werden. Wir wollen eine Schweiz mit einer guten Lebensqualität!

*Prof. Dr. Hans Popp, Liebefeld/BE  
(nicht SVP-Mitglied)*

## SD konsequent für Einwanderungsstopp

Noch ist nicht viel Zeit vergangen, da haben sich alle Parteien mit Versprechungen und schönen Worten befleissigt, ihre Kandidatinnen und Kandidaten in den Grossen Rat des Kantons Aargau hineinzubringen. Bei der Überbevölkerungs-Thematik waren die Schweizer Demokraten die einzige Partei, die auf dringenden Handlungsbedarf in dieser Beziehung hingewiesen haben. Auch meine Wenigkeit hat dieses Thema an erster Stelle angesprochen. Damit verbunden ist logischerweise die Zerstörung unserer Landschaft durch eine masslose Zersiedelung von wertvollem Kulturland.

Es ist zu vermerken, dass einzig die Schweizer Demokraten seit Jahren darauf hingewiesen haben,

was da auf uns zukommt – speziell durch die überbordende Einwanderungspolitik. Die Grünen haben für diese Problematik einfach keine Sensoren und sind blind auf beiden Augen. Fazit unserer Bemühungen war, dass den Schweizer Demokraten immer und immer wieder eine unterschwellige Ausländerfeindlichkeit angekreidet und nachgesagt wurde. Aber wo stehen wir heute? Die Schweiz platzt aus allen Nähten. Die Strassen und die öffentlichen Verkehrsmittel sowie die linkslastige Justiz sind komplett überfordert. Handeln wir, denn es ist schon lange fünf nach Zwölf!

*Ruedi Schär, Präsident  
SD Bezirk Zofingen, Uerkheim*

## Überbevölkerung = gnadenloser Verdrängungskampf!

Nun wird von diversen kantonalen Regierungsmitgliedern gefordert, dass Kinder von sogenannten «Sans-Papiers», nach der Schule eine Lehre machen dürfen. «Sans-Papiers» sind aber überwiegend Leute, welche ihre Pässe, bevor sie in die Schweiz einreisen, absichtlich vernichten, weil sie sich, als angeblich Staatenlose, eine bessere Chance fürs Bleiberecht versprechen.

Bereits heute sind Lehrstellen in Klein- und Mittelbetrieben, welche in der Schweiz am meisten verbreitet sind, äusserst rar, weil diese höchstens 1 bis 3 Lehrlinge gleichzeitig beschäftigen können.

Was stellen sich diese Regierenden überhaupt vor? Zuerst beeinflusst und manipuliert man die Stimmbürger für ein Ja zum freien und unkontrollierten Personenverkehr, trotz Krise und sehr hoher Dunkelziffer an bereits anwesenden «Sans-Papiers» und jetzt bekommen die Drahtzieher dieser, klar vorhersehbaren Baisse, plötzlich riesenhafte Angst, vor grösserer Arbeitslosigkeit und Gewalt. Die Bevölkerungsdichte wächst und wächst; die Enge in unserem Land ebenso: Bevölkerungszahl 1946: 4,3 Mio., 2009: 7,8 Mio. und voraussichtlich 2030: über 8,5 Mio. (Quelle: Bundesamt für Statistik). Schweizer Jugendliche sollten zuallererst, danach allenfalls solche Ausländer, die zu ihrer Identität

stehen, berücksichtigt werden, wenn es um die Besetzung einer Lehrstelle geht. Wenn man die Situation für «Sans Papiers» allzu komfortabel gestaltet, so spricht sich das international sehr schnell herum und es kommen plötzlich Unmengen von «Staatenlosen» in die Schweiz.

Ein gnadenloser Verdrängungskampf zwischen Schweizer- und «Sans-Papiers»-Lehrlingen wird in allgemeinem Lohn-Dumping enden. Papierlose, die eine Lehrstelle nicht erhalten, werden versuchen, ihr vermeintliches «Recht» mittels Antirassismugesetz durchzusetzen. Ein entschiedenes NEIN zu solchen Fehlentwicklungen ist dringend!

*Marcus Stoercklé jun., Basel*

### Einwohnerzahl wächst stark!

So viele Menschen lebten jeweils am Jahresende in der Schweiz:

1908	3 625 456
1918	3 878 896
1928	4 024 345
1938	4 217 126
1948	4 549 100
1958	5 162 800
1968	6 031 353
1978	6 278 319
1988	6 566 799
1998	7 096 465
2008	7 593 494

*Anmerkung der Redaktion: Illegale Aufenthaltler nicht miteinbezogen!*

**Offizielles Organ der  
Schweizer  
Demokraten** 
**SD-Zentralsekretariat**  
 Postfach 8116, 3001 Bern  
 Telefon 031 974 20 10  
 Telefax 031 974 20 11  
 Postkonto 80-2270-0  
 (Zentralkasse Killwangen)

 www.schweizer-demokraten.ch  
 schweizer-demokraten@bluewin.ch

**Redaktion**  
 Schweizer Demokrat  
 Postfach 8116  
 3001 Bern

**Redaktoren:**

 Bernhard Hess, e. Nationalrat,  
 SD-Geschäftsführer, Bern (CR)

 Rudolf Keller, e. Nationalrat/  
 Landrat, Frenkendorf

 Dr. Jean-Jacques Hegg, e. NR,  
 Dübendorf (Leben und Umwelt)

Dr. D. J. Najman, Grossrat, Baden

Markus Borner, e. Grossrat, Basel

Friedrich Auf der Maur, Volketswil

## Arglistige Propaganda

Einmal mehr stellen wir bestürzt fest, wie im Hinblick auf die kommende Abstimmung vom 27. September 2009 über die «Zusatzfinanzierung» für die Invalidenversicherung (IV), die Meinungsbildung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gezielt beeinflusst wird. Selbstherrlich wird von Bern der «optimale» Abstimmungsverlauf geplant und das gewünschte Abstimmungsergebnis herbei gelenkt. Mit arglistigen Propagandalügen, die uns Stimmberechtigten

weismachen sollen, das schwer defizitäre Sozialwerk könne saniert werden durch eine befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer auf acht Prozent und mit Zuschüssen von mehreren Milliarden aus unserer Bundeskasse sowie mit einem Fünf-Milliarden-Geschenk aus dem AHV-Fonds. Hämisch wird verschwiegen, dass mit diesem Milliarden-Geschenk das zurzeit gährende 14,5-Milliarden-Loch der Invalidenversicherung (IV) kaum gestopft, dafür aber die AHV rui-

niert wird und vom Bürger zu deren Sanierung bald weitere Milliarden gefordert werden. Nachdem jetzt auch noch die viermonatige Frist zum Festlegen des Abstimmungstermins bewusst missachtet und damit das Bundesgesetz über die politischen Rechte (SR 161,1) verletzt worden ist, hat der Verein «Bürger für Bürger» Abstimmungsbeschwerde erhoben.

Dr. Markus Erb, Präsident  
 Verein Bürger für Bürger

## Peer Steinbrück – mitverantwortlich für die Krise!

Ende 2003 verabschiedete die rot-grüne Deutsche Bundesregierung ein Gesetz zur Modernisierung des Investmentwesens, das Hedgefonds und Leerverkäufe erlaubte. Damit waren die deutschen Sparer zur Ausplünderung freigegeben. Finanzminister Peer Steinbrück bezeichnete diese von der Wallstreet erfundenen «finanziellen Massenvernichtungswaffen» als «Segen für die Volkswirtschaft». Jetzt, wo alles kaputt ist, dringt er auf ein Verbot von Leerverkäufen...

Wie konzeptionslos unsere Politiker sind, beweist die Bankenkrise und die damit verbundene Autokrise. Es wird fast nur über Arbeitsplätze in der Autoindustrie geredet. Warum hat noch kein Politiker gefragt: Wohin mit den vielen Autos, wenn heute schon die Autobahnen und Innenstädte stundenlang verstopft sind? Wäre jetzt nicht die Gelegenheit, einmal darüber nachzudenken – mit wie wenigen Autos die damalige DDR und der ganze Ostblock ausgekommen

sind – von andern Ländern ganz zu schweigen? Ist es wirklich so viel schöner, auf dem Weg zur Arbeit jeden Morgen und jeden Abend drei Stunden im Stau zu stehen? Ein volkswirtschaftlicher Irrsinn ohnegleichen! Geht es nur um Arbeitsplätze durch Zerstörung der Natur oder geht es um ein sinnvolles Leben mit der Natur? Sind die

Buschmänner, die nur mit einem Lendenschurz und Pfeil und Bogen durch die Natur ziehen, vielleicht mit ihrem einfachen Leben zufriedener als wir im Dauerstress auf der Autobahn? Oder soll jeder Buschmann auch noch einen Ford oder VW bekommen, damit die Autoindustrie überlebt?

«Morgenland», Salem

Stärken Sie die  
Schweizer Demokraten  
durch Ihre Mitgliedschaft!

**Abonnement**
**SCHWEIZER DEMOKRAT**  
 PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich  
 pro Mitgliederjahr Fr. 45.–  
 (für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_ Jahrgang: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

 Schweizer Demokraten (SD),  
 Postfach 8116, 3001 Bern  
 schweizer-demokraten@bluewin.ch

**«Schweizer Demokrat»**
**Redaktionsschluss:**

 19. August 2009 für September-Ausgabe;  
 16. September für Okt.-Ausgabe;  
 21. Oktober für Nov.-Ausgabe;  
 18. November für Dez.-Ausgabe.

**Inserateschluss:** 14 Tage vor Erscheinen

**Satzspiegel:** 204 x 291 mm

**Tarife:**
**1/1-Seite** (204x291) Fr. 1000.–;  
 Farbzuschlag: Fr. 500.–;

**1/2-Seite** (204x145, 100x291) Fr. 500.–; FZ: Fr. 250.–;

Tarif 1/4-Seite (204x72, 100x145) Fr. 280.–; FZ 140.–

**Kleininserat:** Fr. 40.–

**Rabatt für feste Aufträge mit Wiederholungen:** 3 x 10%, 6 x 20%

**Beilagen:** von Fall zu Fall vereinbaren.

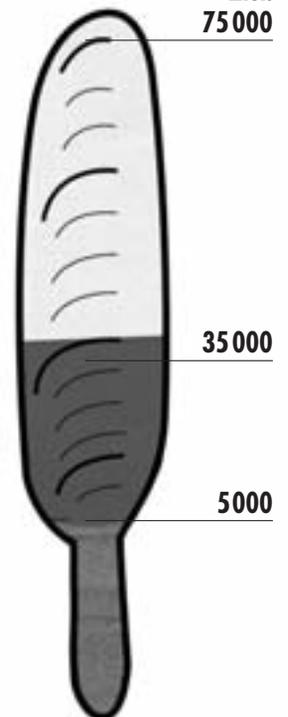
## Spendenbarometer

Liebe Mitglieder und Sympathisanten

 Ziel:  
 75 000

Leider mussten wir Sie in der letzten Ausgabe darüber informieren, dass in unserer Zentralkasse ein finanzielles «Loch» von über 75 000 Franken klafft. Dank vielen kleinen und einigen grossen Spenden konnte der Fehlbetrag Ende Juni 2009 bereits auf 40 000 Franken verringert werden. Damit sind wir aber weiterhin längst nicht über dem Berg. Wir appellieren deshalb nochmals an Sie

- eine **freiwillige Spende** nach freiem Ermessen zu entrichten
- den **Abonnementsbeitrag 2009 von Fr. 45.–** zu begleichen, falls noch nicht bezahlt (Stichwort: Abo 09)
- ein **Förderabonnement von Fr. 70.–** für das laufende Jahr zu finanzieren (Stichwort: Förderabo 09)
- ein **Geschenkabonnement von Fr. 45.–** zu übernehmen



Dieser Ausgabe liegt wiederum ein Einzahlungsschein bei. Ihre Spende – ob gross oder klein – ist äusserst willkommen und hilft uns, unseren Kampf für Volk und Vaterland mit etwas weniger Finanzsorgen weiterzuführen.

Mit freundeidgenössischem Gruss

 Ueli Brassler  
 Gemeinderat Zürich  
 Zentralpräsident

 Markus Borner  
 e. Grossrat Basel  
 Vizezentralpräsident

 Bernhard Hess  
 e. Nationalrat BE  
 Zentralsekretär